

**Globalisierung und Integration  
Strategievorstellungen deutscher  
Parlamentarier**

Birgit Hellmann  
Michèle Knodt  
Beate Kohler-Koch

Birgit Hellmann  
Michèle Knodt  
Beate Kohler-Koch

**Globalisierung und Integration  
Strategievorstellungen deutscher Parlamentarier**

**Hellmann, Birgit:**

Globalisierung und Integration: Strategievorstellungen deutscher

Parlamentarier / Birgit Hellmann; Michèle Knodt; Beate Kohler-Koch. –

Mannheim : 2000

(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung ; 31)

ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: DM 5,-

Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

WWW: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>

Redaktionelle Notiz:

*Birgit Hellmann (M.A.) hat im Sommersemester 2000 ihr Studium der Politikwissenschaft, Neueren, Wirtschafts- und Sozialgeschichte und Germanistik an der Universität Mannheim abgeschlossen. Dr. Michèle Knodt arbeitet als wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft II der Universität Mannheim (Jean Monnet Chair of European Integration). Lehrstuhlinhaberin und Leiterin des Arbeitsbereichs B des MZES ist Prof. Dr. Beate Kohler-Koch.*

*Die vorliegende Studie fasst die im Rahmen des von den Autorinnen am MZES durchgeführten Projekts „Modelle politischen Lenkens in einer globalisierten Welt“ erzielten Ergebnisse zusammen. Sie sind ausführlich in der Magisterarbeit „Strategien internationaler Politik. Die Konstruktion von Globalisierung und europäischer Integration durch außenpolitische Akteure“ aufgearbeitet.*

## Zusammenfassung

Globalisierung und europäische Integration nehmen einen prominenten Platz in politischen Debatten und wissenschaftlichen Studien ein. Selten wird jedoch ein Zusammenhang zwischen beiden Entwicklungen hergestellt. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, wie Globalisierung und europäische Integration im Denken außenpolitischer Akteure verknüpft werden und ihre strategischen Präferenzen beeinflussen. Akteure haben bestimmte Einschätzungen der Risiken und Herausforderungen der Globalisierung und leiten daraus Vorstellungen ab, wie ihnen angemessen begegnet werden könne. Ausgangsthese ist, dass Problemdefinition und Strategiewahl geleitet von „impliziten Theorien“ werden. Zentral sind dafür „Weltbilder“, d.h. grundlegende Annahmen über die tatsächlichen und wünschenswerten Ordnungsstrukturen internationaler Politik, denen die Funktion von „Leitideen“ zukommt. „Weltbilder“ sind theoretische Konstrukte. Aus der Theoriediskussion der Internationalen Beziehungen können abstrakte Idealtypen herausdestilliert werden, die dann als Folie dienen, um die sehr vielfältigen Weltbilder in der empirischen Wirklichkeit auf einzelne Grundmuster reduzieren zu können. Für die vorliegende Studie wurden drei internationale Ordnungsmodelle - „Staatenwelt“, „Gesellschaftswelt“ und „Vernetzungswelt“ – entwickelt, deren wesentliches Unterscheidungskriterium das Verhältnis zwischen gesellschaftlichem und politischem System ist. Die empirische Frage war, welche Weltbilder das Denken verschiedener Akteure beherrschen, ob voraussagbare Affinitäten zwischen Akteurskategorien und Weltbildern bestehen und ob letztere die gedanklichen Zusammenhänge, die zwischen Globalisierung und europäischer Integration hergestellt werden, beeinflussen.

Die Untersuchung hatte die Funktion einer Pilotstudie, um die Tragfähigkeit des analytischen Konzeptes und die Ergiebigkeit der gewählten Methode zu testen. Sie war als eine Befragung (Fragebogen und ergänzende Interviews) der Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags angelegt.

## Abstract

Globalization and European integration are predominant in political debates and scientific studies. However, almost no one tries to find out how these two developments interact with and depend on each other. This contribution asks how globalization and European integration are being combined with each other in foreign actors' thinking and what impact this has on their strategic preferences. Actors assess the risks and challenges inherent to globalization. From these, they derive their strategies to deal with them in an adequate manner. The starting hypothesis here is that problem definitions and strategic choices are guided by "implicit theories". For these, "world views" are crucial, i.e. basic assumptions about real and wishful orders of international politics which function as "guiding ideas". "World views" are theoretical constructions. We can condense the theoretical discourse of International Relations to abstract ideal-types which serve as blueprint to reduce the empirically observable variety of world views to single basic patterns. For the present study, three models of international order – "state world", "world society" and "network world" – have been developed. The central criterion distinguishing between them is the relationship between societal and political system. The empirical question was how world views govern different actors' thinking, if there are predictable affinities between categories of actors and world views and if world views influence the context of thought that is created between globalization and European integration.

This study functions as a pilot study in order to test the workability of the analytic concept and the prolificness of the chosen method. It was designed as a survey (questionnaire and supplementary interviews) of the members of the committee of foreign relations of the German Bundestag.

# Inhalt

1. Globalisierung und europäische Integration .....	1
1.1 Die EU: Bundesstaat, Staatenbund, Regime oder vernetzte Ebene? .....	2
1.2 Globalisierung: Facetten eines Phänomens .....	6
1.3 Akteure von politischem Gewicht .....	8
1.4 Der Auswärtige Ausschuss und der Unterausschuss Globalisierung/ Regionalisierung.....	9
2. Ergebnisse der empirischen Erhebung.....	10
2.1 Konsistenz der Weltbilder .....	10
2.2 Globalisierung und Integration .....	13
2.3 Strategien zur Bearbeitung internationaler Probleme .....	16
3. Parteipolitische Einschätzungen von Globalisierung und europäischer Integration.....	21
3.1 Globalisierung und Integration aus der Perspektive der Parteien .....	21
3.2 Ordnungspolitische Vorstellungen der Parteien.....	25
3.3 Strategien in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Konfliktfällen .....	27
3.4 Parteien und Weltbilder .....	30
4. Die Relevanz von Weltbildern.....	32
Literaturverzeichnis.....	33
Interviewpartner: .....	35
Anhang: Fragebogen .....	36

## 1. Globalisierung und europäische Integration

Die europäische Integration vollzieht sich in einem dynamischen internationalen Kontext. Dieser internationale Kontext verändert sich auf vielfältige Weise, die mit dem Schlagwort „Globalisierung“ mehr illustriert als erklärt wird. Die Politikwissenschaft erfasst diese Veränderungen mit den Begriffen Entgrenzung und Entstaatlichung. Entgrenzung bezeichnet das Übergreifen gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Interaktionen über die Grenzen von Nationalstaaten hinweg. Dies hat weitreichende Folgen: Zum einen ist der (National)Staat nicht mehr der selbstverständliche Bezugspunkt für politische Gemeinschaften, Sprach- und Kulturräume. Zum anderen muss sich Politik mit Problemen befassen, die über die einzelstaatlichen Grenzen hinausreichen und nicht unilateral wirksam bearbeitet werden können. Aber selbst wenn es um die Gestaltung rein innerer Verhältnisse geht, scheitert einzelstaatliche Politik häufig an der „grenzenlosen“ Bewegungsfreiheit der Regelungsobjekte. Entstaatlichung ist somit eine weitere Folge von Globalisierung. Damit ist nicht gesagt, dass in Zeiten der Globalisierung das Streben oder gar das tatsächliche Ausmaß an politischer Steuerung zurückgehe. Vielmehr ist unter den Bedingungen der Globalisierung dem Staat das ihn konstituierende Wesensmerkmal abhanden gekommen: die territoriale Souveränität, d.h. die Fähigkeit und das uneingeschränkte Recht, innerhalb der eigenen Grenzen Hoheitsgewalt auszuüben. Damit stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten, auch jenseits des Staates allgemein verbindliche Entscheidungen zu treffen (Kohler-Koch/Knodt 1999: 240).<sup>1</sup>

Die Europäische Union bietet eine Arena für politisches Handeln und Entscheiden jenseits des Nationalstaats. Zum einen entzieht die europäische Integration den Mitgliedstaaten Handlungsfähigkeit, weil sie die einzelstaatlichen Grenzen aufhebt, zum anderen erhöht sie ihre politische Gestaltungsmöglichkeit, weil durch Gemeinschaftspolitik oft wirkungsvoller gesteuert werden kann als einzelstaatlich. In welche Form dieses europäische System gegossen werden sollte, um diese Gestaltungsaufgabe zu erfüllen, welche Arbeitsteilung zwischen internationaler, regionaler und nationaler Politik gefunden werden sollte und welchen Akteuren eine wichtige Rolle dabei zugemessen wird, ist umstritten. Unsere These ist, dass die Einschätzung der prinzipiellen Handlungsmöglichkeiten und das konkrete strategische Handeln von den jeweils relevanten Weltbildern der Akteure beeinflusst wird. Dabei gehen wir davon aus, dass die Nähe zu bestimmten Weltbildern von den nationalstaatlichen politischen Kulturen, parteipolitischen Ausrichtungen und der jeweils spezifischen Problemstruktur eines Politikfeldes geprägt wird. In dieser Studie haben wir uns auf ein Land begrenzt und keine gezielte Variation des Politikfeldes vorgenommen. Lediglich die Bedeutung der Parteizugehörigkeit wurde als unabhängige Variable getestet. Befragt wurden die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestags. Internationale Politik und Europapolitik steht gleichermaßen auf der Tagesordnung dieses Ausschusses, so dass eine intensive Beschäftigung mit den Problemen der Globalisierung und der diesbezüglichen Bedeutung der EU unterstellt werden kann. Ferner ist

davon auszugehen, dass aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung des Ausschusses viele seiner Mitglieder aus der Führungsriege ihrer Fraktionen kommen und deren Einschätzungen somit repräsentativ für ihre Parteien sind.

Die Weltbilder beziehen sich zunächst auf das globale System. Die drei unterschiedlichen Typen – Staatenwelt, Gesellschaftswelt, Vernetzungswelt – sollen hier kurz charakterisiert werden.<sup>2</sup> Die *Staatenwelt* besteht aus territorial organisierten Gesellschaften und Volkswirtschaften, die durch ihre Grenzen voneinander getrennt sind. Aufgrund weltwirtschaftlicher Verflechtung und grenzüberschreitender Sozialisationsprozesse erscheint das modifizierte Modell einer Staatenwelt unter Interdependenzbedingungen angemessen. Staaten erleiden Einbußen an Steuerungsfähigkeit, beanspruchen aber immer noch das Monopol über hoheitliche Verfügung. In der *Gesellschaftswelt* stellen internationale Verflechtung und Interdependenz diese Monopolstellung grundsätzlich in Frage. Grenzen werden in einem Maße für Menschen, materielle und immaterielle Güter durchlässig, dass der in der Staatenwelt akzeptierte Hoheitsanspruch und die daraus abgeleitete Allzuständigkeit aufgebrochen wird. In funktionalen Bereichen wird - abhängig von Handlungskapazitäten, Interessenkonstellationen und Institutionen - in unterschiedlichem Maße kooperiert. Gesellschaftliche Akteure erheben Anspruch auf Mitsprache in internationalen Institutionen; Selbststeuerung über Gesellschaft und Markt gewinnt auch aus Sicht der staatlichen Akteure, die vom autoritativen Entscheidungsträger zum Verhandlungspartner werden, an Attraktivität. In der *Vernetzungswelt* sind Markt und funktional organisierte gesellschaftliche Regime die angemessenen Steuerungssysteme und verfügen im Vergleich zur Gesellschaftswelt über größere Autonomie. Allerdings bestehen bezüglich der Teilhabe- und Mobilisierungschancen z.B. zwischen Multinationalen Konzernen und vernetzten Nichtregierungsorganisationen erhebliche Unterschiede. Man kann von einem fraktalen, sich teilweise überlappenden, dezentralen System sprechen, das durch ein Wechselspiel von Vernetzung und Selbstorganisation gesellschaftlicher und staatlicher Akteure gekennzeichnet ist.

### **1.1 Die EU: Bundesstaat, Staatenbund, Regime oder vernetzte Ebene?**

Die idealtypisch konstruierten Weltmodelle können mit gewissen Modifikationen auf das Ordnungssystem der EU übertragen werden. Aus Sicht der Staatenwelt bieten sich zwei Ordnungsmodelle an: das *Bundesstaatsmodell*, in welchem allgemein verbindliche Entscheidungen in der EU zentral getroffen werden, oder das dezentrale *Staatenbundmodell*, in dem die Mitgliedstaaten der EU nach wie vor ihr eigener „Herr im Haus“ sind und in ausgewählten Bereichen miteinander kooperieren (Gehring 1994, Moravcsik 1991). Diesen beiden Modellen ist gemeinsam, dass sie vom Prinzip der repräsentativen staatlichen Organisation demokratischer Politik mit hoheitlich-hierarchischer Steuerung ausgehen. Zur Konzeptionalisierung der Möglichkeiten des Regierens jenseits des Nationalstaats mit unterschiedlichen Beteiligungschancen zivilgesellschaftlicher Akteure und horizontal-kooperativen Steu-

---

<sup>1</sup> Von Zürn wird dieses Phänomen unter dem Begriff der „Denationalisierung“ thematisiert; zur Definition vgl. u.a. Zürn 1998: 13; ferner auch Forschungsgruppe Weltgesellschaft 1996: 11.

<sup>2</sup> Vgl. dazu ausführlich Kohler-Koch 2000.

erungsmodi dienen die Modelle der EU als privilegiertes internationales *Regime* und als *Zwischenebene in der Vernetzungswelt*.

Im Modell des *Staatenbunds* wird europäische Integration vor allem als Ausdehnung der Zusammenarbeit der Mitglieder verstanden. Das bedeutet, dass die Kontakthäufigkeit zwischen den Repräsentanten der Staaten zunimmt, dass sie ihre Zusammenarbeit auf neue Politikbereiche ausdehnen und ihre Interaktionen institutionalisiert und auf Dauer routinisiert werden. Dies führt jedoch nicht dazu, dass die Staatsqualität der Mitglieder angetastet wird; vielmehr behaupten sie ihre innere und äußere Souveränität. Die Zusammenarbeit ist überwiegend problemorientiert und wird am Maßstab der Effizienz gemessen. Globalisierung wirkt insofern als treibende Kraft in der Europäisierung, als sie Entwicklungen und Probleme birgt, welche die Mitgliedstaaten gleichermaßen betreffen, und welche nicht als im nationalstaatlichen Rahmen lösbar angesehen werden. Verbindliche Kooperation kommt allerdings nur bei Interessenkonvergenz zustande, und die Folgebereitschaft der Mitgliedstaaten gegenüber gemeinsam gefällten Beschlüssen bleibt letztendlich eine nationale Angelegenheit. Demokratie zu verwirklichen, ist Angelegenheit der Nationalstaaten. Die EU als supranationales System wird für grundsätzlich demokratieunfähig erachtet, weil ein europäischer „demos“ im Sinne einer politischen Gesellschaft und eine politische Öffentlichkeit fehlt (vgl. Kielmansegg 1996, Greven 1998). Da der Fokus im Staatenbund auf dem Prinzip der intergouvernementalen Kooperation liegt, wird dem Europäischen Rat und den Ministerräten sowie den Abstimmungsmodalitäten und der Gewichtung der nationalen Stimmen eine besondere Bedeutung beigemessen. Regieren in der EU ist in diesem Modell von der nationalen Interessenpolitik der Mitglieder geprägt.

Integration wird im *Bundesstaatsmodell* als Intensivierung der Zusammenarbeit verstanden. Nicht die Logik des Aushandelns von Interessen steht hier im Vordergrund, sondern die Lösung gemeinsamer Probleme in einem übergreifenden politischen System. An dieses System treten die Mitgliedstaaten Souveränitätsrechte ab, d.h. Steuerungskompetenzen werden auf eine zentrale suprastaatliche Ebene verlagert. Dazu gehört auch die Kompetenzverlagerung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik. Die EU ist befugt, gegenüber Dritten als eigenständiger Akteur aufzutreten. Als Folge wird eine Stärkung der Handlungsfähigkeit erwartet, die es erlaubt, den Herausforderungen der Globalisierung besser zu begegnen. Die Organe der EU werden in einem bundesstaatlichen Modell als eigenständige Institutionen wahrgenommen, die genuin europäische Interessen formulieren. In Parlament und Kommission werden nicht nationale Einzelinteressen ausgehandelt, sondern Politik im Interesse der EU betrieben. Der Europäische Gerichtshof überwacht in diesem Modell nicht nur die Befolgung des europäischen Rechts, sondern wäre auch in Verfassungs- und Grundrechtsfragen den nationalen Gerichtshöfen eindeutig übergeordnet. Die staatliche Ordnung im Bundesstaatsmodell ruht auf einem Fundament gemeinsamer europäischer Geschichte und Kultur, das als ausreichend für ein funktionierendes demokratisches System erachtet wird.



Das Leitbild des internationalen *Regimes*<sup>3</sup> schreibt der EU zwei wesentliche Merkmale zu: Danach ist die EU ein Gefüge von Prinzipien, Normen, Regeln und Verfahren, das die Akteure auf eine enge Zusammenarbeit verpflichtet und ihrem Handeln Richtung gibt. Die Ausstattung mit eigenen Organen verleiht der EU Akteursqualität. Zusätzliches Merkmal ist die enge Einbindung nichtstaatlicher Akteure in den Politikprozess. Die Entscheidungskompetenz allerdings liegt immer noch bei den politisch verantwortlichen Repräsentanten, und diese entscheiden auch über die Einbeziehung oder Nicht-Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure. Für dieses Modell ist die Annahme entscheidend, dass der Nationalstaat infolge der Entgrenzung weder die am besten geeignete noch allein zuständige Instanz zur Lösung von Problemen darstellt. Die Europäische Union wird daher nicht lediglich als ein Forum zur Aushandlung von Staateninteressen konzipiert, sondern zugleich als die besser geeignete Ebene zur Bearbeitung gemeinsamer Probleme. Aus diesem problembezogenen Politikverständnis heraus erscheint die Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure, wie z.B. Interessengruppen, Unternehmen oder unabhängiger Sachverständiger, als legitim. Effizienz der Entscheidungsfindung und –implementation werden als zentrale Grundlage politischer Legitimität erachtet. Im Vergleich zur Staatenwelt spielen nicht-staatliche Akteure eine wesentliche Rolle beim Agendasetting, bei der Auswahl von Handlungsoptionen, der Implementation und der Evaluation politischer Entscheidungen. Es vollzieht sich ein Übergang von hoheitlich-hierarchischer zu horizontal-verhandelnder Politiksteuerung. Auch wenn staatliche Akteure entscheiden, wer in welchem Maße Zugang zu den Prozessen der Politikformulierung und -implementation erhält, so sind die transnationalen organisierten Interessen doch in einem Maße präsent, dass sie kaum ausgeschlossen werden können. Außerdem sind ihre Dienste der Informationsbeschaffung und Absicherung von Folgebereitschaft unerlässlich. Die EU unterscheidet sich bezüglich Interaktionsdichte und Vergemeinschaftung über Werte und Normen qualitativ von anderen Internationalen Organisationen. Zudem ist die EU mit starken eigenen Organen ausgestattet, die dem Gemeinschaftsinteresse verpflichtet sind. Insofern ist die EU im internationalen Vergleich ein höchst effektives und robustes Regime (Hasenclever/Mayer/Rittberger 1997: 2), das in einer Welt von Regimen und Staaten als eigenständiger Akteur auftritt.

Geht man von dem Modell einer Vernetzungswelt aus, so kann die EU nur als „Zwischenebene“ in einem globalen Vernetzungssystem konzeptionalisiert werden. Sie ist in ein Netz von Beziehungen zwischen privaten und öffentlichen, nationalen, inter- und transnationalen Akteuren eingespannt. Dies stellt das Prinzip der territorial(staatlich)en Organisation des Politischen grundsätzlich in Frage. Nicht-staatliche Steuerungsmechanismen wie Markt und zivilgesellschaftliche Selbstorganisation spielen eine bedeutende Rolle. Die EU ist sowohl horizontal – mit sozio-ökonomischen Interessengruppen, einzelnen Firmen, Experten, politischen Gruppierungen sowie der öffentlichen Meinung – als auch vertikal – mit anderen Ebenen, auf denen regiert wird – vernetzt (vgl. Bulmer 1997: 5f). Regieren ist hier nur noch in einem komplexen, nicht-majoritären Verhandlungssystem zwischen den EU-Institutionen selbst, ihren Mitgliedstaaten, anderen Internationalen Organisationen sowie gesellschaft-

---

<sup>3</sup> Zur Charakterisierung der EG/EU als Regime vgl. Schneider/Werle 1989; das hier entworfene Modell der EU als Regime lehnt sich an den von Czempiel (1991) geprägten und oben bereits ausgeführten Begriff der „Gesell-

lichen Akteuren möglich; sie alle bringen jeweils ihre Forderungen, Lösungsstrategien und Handlungskapazitäten in den Prozess ein (vgl. Kohler-Koch 1999: 9). Die europäische Ebene wird in diesem Konzept von den politischen und gesellschaftlichen Akteuren als eine Institution des Mit-Regierens akzeptiert und genutzt. Nichtstaatliche Akteure übernehmen dabei nicht nur Aufgaben, sondern auch Verantwortung. Funktionale oder sektorale Demoi sowie ein deliberativer Politikstil tragen in diesem Modell zur Legitimation bei.

Die vier beschriebenen Modelle lassen sich in eine Vier-Felder-Matrix einordnen:

**Tab. 1: Idealtypen europäischen Regierens**

Steuerungsebene	Steuerungsart	
	hoheitlich-hierarchisch	kooperativ-horizontal
zentral	Bundesstaat	Regimemodell
dezentral	Staatenbund	Vernetzungsmodell

Die Studie geht davon aus, dass die impliziten Ordnungsvorstellungen, die den Akteuren als Leitbilder (im Sinne handlungsleitender Zielvorstellungen) dienen, auf diese vier Grundtypen zurückgeführt werden können. Aufgabe der empirischen Untersuchung ist es demgemäß, herauszufiltern, welche Leitbilder für die Bestimmung der europäischen Integration unter den Bedingungen von Globalisierung bei den einzelnen Akteuren präsent sind. Die Leitbilder sollen in drei Bezügen erfasst werden:

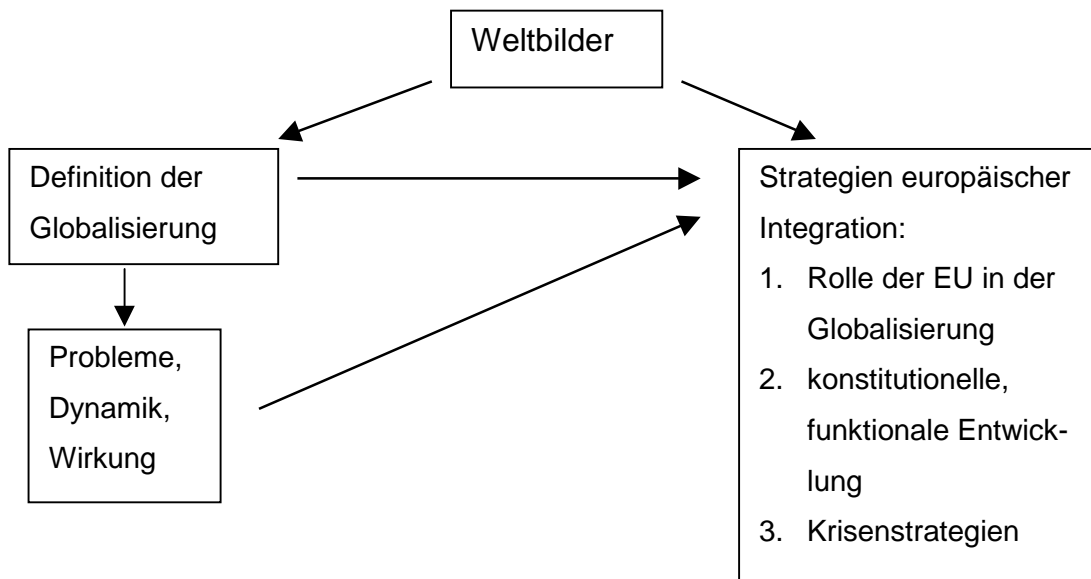
1. allgemeine Rolle Europas im Kontext der Globalisierung (regionaler Akteur mit politikfeldabhängiger Handlungsfähigkeit),
2. konstitutionelle Entwicklung (supranational oder intergouvernemental), funktionale Reichweite,
3. Strategien in aktuellen Krisen (sicherheits- und wirtschaftspolitisch).

Aus dem gewählten theoretischen Ansatz ergibt sich, dass zwischen diesen drei Bereichen systematische Zusammenhänge zu erwarten sind, da sie auf den gleichen kognitiven Konstrukten beruhen, wie die folgende Abbildung veranschaulicht.

---

schaftswelt" an, die von der Existenz internationaler Institutionen einerseits und der Formierung einer internationalen und transnationalen Zivilgesellschaft andererseits geprägt ist.

**Abb. 1: Der Zusammenhang zwischen Weltbildern, Globalisierung und Integrationsstrategien**



## 1.2 Globalisierung: Facetten eines Phänomens

Globalisierung ist allein schon deshalb kein „Gespenst“, weil sich politisch Verantwortliche mit ihren Chancen und Herausforderungen auseinandersetzen (Giddens 1999: 40). Internationale und globale Aspekte lassen sich kaum voneinander unterscheiden, wie die „Berliner Rede“ von UN-Generalsekretär Kofi Annan vom 26. April 1999 zeigte. Er sieht die internationale Ordnung durch ein großes Bündel von Problemen in Frage gestellt. Dazu zählen: nukleare Proliferation, ethnische Konflikte mit der Folge von Massenvertreibungen, Terrorismus, organisierte Kriminalität, illegale oder unregelmäßige Migration, Drogen- und Menschenhandel, Umweltschäden, Infektionskrankheiten, Bevölkerungswachstum, schädliche Konsum- und Produktionsmuster sowie der Ausschluss ganzer Länder oder Kontinente von der globalen Wirtschaft. Aus europäischer Sicht werden nicht alle Probleme als gleich dringlich erachtet und nicht für alle fühlt man sich gleichermaßen zuständig. Eine Übersicht über die Literatur vermittelt das folgende Bild.<sup>4</sup>

In vielen Darstellungen dominiert der *ökonomische Aspekt*, der meist als zentrale Herausforderung für die Politik gesehen wird. Vielfach hervorgehoben wird ein Spannungsverhältnis zwischen sich globalisierender Ökonomie und der Aufgabe der Politik, soziale Sicherheit herzustellen. Stellvertretend für diese Sicht können Altvater und Mahnkopf zitiert werden:

„Der Widerspruch zwischen der ökonomischen und finanziellen Globalisierung, die weder Grenzen kennt noch ein Ende findet, und den sehr wohl begrenzten sozialen und natürlichen Res-

<sup>4</sup> Die Literatursichtung war Teil des Projektes im Ladenburger Kolleg, vgl. Kohler-Koch 1996 und Kohler-Koch/Knodt 1999.

sources des individuellen und gesellschaftlichen Lebens setzt ganze Gesellschaften unter gehörigen Streß.“ (1997: 13)

Die gegenteilige Einschätzung geht davon aus, dass die weltweite Liberalisierung der Märkte auch in sozialer Hinsicht positiv zu bewerten ist, weil er zu einer Erhöhung des Pro-Kopf-Einkommens und somit zu einer Steigerung des allgemeinen Lebensstandards beirrage. Allerdings wird auch aus dieser positiven Sichtweise davon ausgegangen, dass die mit der Globalisierung verbundenen strukturellen Veränderungen des weltwirtschaftlichen Systems die staatlichen Steuerungsmechanismen relativieren oder unterlaufen.<sup>5</sup> Demnach hat es der Staat mit transnationalen Wirtschaftsakteuren zu tun, die exit-Optionen aus staatlichen Steuerungs- und Regelungsmechanismen auf tun und nutzen.

Ein weitgehender Konsens besteht auch darüber, dass die globalen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen und -transaktionen kaum denkbar wären ohne die Fortschritte in der *Informationstechnologie*. Die Kenntnis der neuen Technologien zur Verarbeitung, Erzeugung, Übermittlung und Verbreitung von Information ist für den Wettbewerb um Marktanteile und Standortvorteile unabdingbar. Zwischen informationstechnologischer Revolution und der Entwicklung der Weltwirtschaft besteht demnach ein gegenseitig förderlicher Zusammenhang, da die Informationstechnologie Kosteneinsparungen ermöglicht, Managementaufgaben erleichtert und Dienstleistungsstrukturen verbessert. Allerdings bleiben Fragen des Datenschutzes und der rechtlichen Absicherung von Geschäften und Abmachungen via Internet noch weitgehend unbeantwortet.

Während sich die Entwicklungen in Wirtschaft und Technologie offensichtlich gegenseitig fördern und die Globalisierung vorantreiben, wird von mancher Seite die Frage nach den Grenzen von Wachstum und Wettbewerb gestellt. Dabei wird insbesondere auf globale und internationale *Umweltgefährdungen* hingewiesen.<sup>6</sup> Die Umweltkonferenzen der Vereinten Nationen von Stockholm 1972 und Rio de Janeiro 1992 sind Indikatoren für weltweite Ansätze zur Bewältigung internationaler und globaler Umweltprobleme. Zwischen diesen beiden Konferenzen wurden darüber hinaus 96 globale oder regionale Umweltschutzvereinbarungen getroffen.<sup>7</sup>

Als ein im Zuge der Globalisierung zunehmendes Problem, das die westeuropäischen Länder vor allem als Empfänger betrifft, wird die *Migration* wahrgenommen. Der Antrieb zur Migration in die hoch industrialisierten Länder wird verstärkt durch die Medien, welche die Unterschiede in Wohlstand und politischer Stabilität zwischen den verschiedenen Weltregionen weltweit bekannt und bewusst machen. Desweiteren werden international *organisierte Kriminalität* und *politischer Terrorismus* zu den Erscheinungsbildern der Globalisierung gezählt. Die Offenheit der Grenzen in einer globalisierten Welt

---

<sup>5</sup> Vier Kriterien sind für diese Veränderungen zentral: (1) die geographische Ausdehnung und die zunehmende Interaktionsdichte des internationalen Handels, (2) die globale Vernetzung der Finanzmärkte, die kurzfristige Investitionen fördert und Kapitalströme beschleunigt, (3) der Aufstieg multinationaler Korporationen und die damit zusammenhängenden zunehmenden Direktinvestitionen und (4) die rapide Zunahme der Ausfuhr von Industriegütern aus den „newly industrialized countries“ in die OECD-Länder (Habermas 1998a: 70f).

<sup>6</sup> zur Unterscheidung s. Brüggemeier 1998: 255.

<sup>7</sup> Vgl. die Einträge in der Umweltdatenbank von Breitmeier, Levy, Young und Zürn (1996a, 1996b).

fördert ihre Ausbreitung. Um sich gegen diese Gefahr zu wenden, erscheinen international abgestimmte Vorkehrungen unerlässlich.

Aber nicht nur bei der Gefahrenabwehr sieht man über die eigene Grenze hinaus. Auch bei der Frage nach den Ursachen beispielsweise von Migration werden auswärtige Entwicklungen verschärft wahrgenommen. Teile der Öffentlichkeit werden für Zusammenhänge sensibilisiert, die geographisch entfernt liegende Länder und Regionen verbinden. Daraus entsteht subjektive *Betroffenheit* und gegebenenfalls die Bereitschaft zu einem Raum übergreifenden *zivilgesellschaftlichen Engagement*. Ein Knotenpunkt für das Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure und die Koordination ihrer Tätigkeiten sind Internationale Organisationen, allen voran die Vereinten Nationen mit ihren Unterorganisationen und themenbezogenen Konferenzen. Den VN wird als Forum und zunehmend auch als eigenständiger Akteur in einer globalisierten Welt eine wichtige Rolle zugeschrieben.

Kontrovers wird die Frage diskutiert, ob Globalisierung zur Vereinheitlichung von *Kulturen* führt. Auf der einen Seite wird die Ausbreitung gleicher Konsummuster, die v.a. mit den Markennamen der amerikanischen Konzerne Coca-Cola, Walt Disney oder McDonald's verbunden wird, als Gefährdung kultureller Vielfalt wahrgenommen. Andererseits wird darauf verwiesen, dass die Angleichung von oberflächlichen Lebensstilen nicht gleichbedeutend ist mit dem Einebnen kultureller Unterschiede. Außerdem wird beobachtet, dass lokale und regionale Besonderheiten bestehen bleiben, weil „global products“ in unterschiedlicher Form lokal verarbeitet werden.

Dieser Überblick soll den Diskussionshorizont beleuchten, der die allgemeine Meinungsbildung zum Thema Globalisierung prägt. In der empirischen Untersuchung wird zu prüfen sein, welche Anschauungen vorherrschen und wie sie zwischen Akteursgruppen variieren. Je nach Problemanalyse wird die Rolle der EU anders wahrgenommen. Es erscheint plausibel, dass die Variationen mit der weltanschaulichen/parteipolitischen Orientierung der Akteure zusammenhängen.

### **1.3 Akteure von politischem Gewicht**

Zur Begründung der Auswahl der Akteure ist eine kurze Erläuterung der konstruktivistischen Grundannahmen wichtig. Danach ist die Welt und das Wissen über sie eine soziale Konstruktion. Mit anderen Worten: Akteure nehmen die Welt aus einer bestimmten Perspektive und vor dem Hintergrund ihres sozial erworbenen Wissens wahr und konstruieren anhand dessen ihre Wirklichkeit (Berger/Luckmann 1969). Akteure sind nicht atomistische Individuen mit gegebenen Identitäten und Interessen, sondern entwickeln ihre Identität und ihre Orientierung in der Interaktion mit anderen Mitgliedern einer sozialen Gruppe. Parlamentsfraktionen, die sich aus politischen Parteien rekrutieren, können als eine solche Gruppe begriffen werden. Ihre Mitglieder haben sich aufgrund der Nähe ihrer normativen Konstrukte zusammengefunden, sie sind in eine dichte Interaktion eingebunden, und unter dem Druck, Geschlossenheit nach außen zu zeigen, verstärken sich die Momente von Gemeinsamkeit.

Kognitive Konstrukte spielen vor allem dann eine entscheidende Rolle, wenn über abgesicherte Verfahren keine verlässlichen oder widerspruchsfreien Ursache-Wirkung-Zusammenhänge aufgezeigt werden können. Wo immer neue Elemente auftauchen, die sich zu einer schwer zu deutenden Situation verdichten, erwächst Unsicherheit. In Routine-Situationen sind Interessen und Handlungsoptionen eindeutig. Im Falle einer neuartigen und durch vielschichtige Probleme gekennzeichneten Situation wie der Globalisierung bedarf es der Orientierung, die durch vorhandene Wissensbestände und Ordnungsmodelle gegeben werden.

Dieses Verständnis der kognitiven Vorstrukturierung von Wahrnehmung durch sozial vermittelte Wissensstrukturen soll dem Akteurskonzept in dieser Studie zugrunde gelegt werden. Akteure als soziale Rollenträger – und damit auch die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses, die hier die zentralen Akteure sind – fällen ihre Entscheidungen vor dem Hintergrund und auf der Basis ihrer Interpretations- und Wertungskonzepte und betten Problemdefinitionen in eine bestimmte politikfeldspezifische Rahmenkonstruktion ein. Parteibindung weist auf die Nähe zu einem bestimmten weltanschaulichen Programm hin, so dass bei einer Befragung von Abgeordneten zu erwarten ist, dass sich parteispezifische Antwortmuster ergeben.

#### **1.4 Der Auswärtige Ausschuss und der Unterausschuss Globalisierung/Regionalisierung**

Womit sich die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses befassen, kann aus der Selbstdarstellung des Ausschusses entnommen werden: Internationale Organisationen, vor allem die EU, deren Erweiterung um neue Mitglieder, die Regierungskonferenz zur institutionellen Reform der EU, Konflikte wie die Lage im ehemaligen Jugoslawien, der Friedensprozess im Nahen Osten und die euroatlantische Sicherheitsstruktur unter Einschluss Russlands.<sup>8</sup> In Fragen der Europapolitik arbeitet der Auswärtige Ausschuss mit dem Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union zusammen, mit dem es personelle Überschneidungen gibt. Das besondere Interesse an Fragen der Globalisierung wird durch die Einrichtung des Unterausschusses des Auswärtigen Ausschusses mit dem Titel „Globalisierung/Regionalisierung“ bestätigt. Unterausschüsse werden vorwiegend in den Feldern eingerichtet, „wo sowohl die hohe Spezifität und Komplexität der Thematik als auch deren politischer Stellenwert eine intensive Befassung auch im Detail erforderlich machen“ (Klose 1998: 1). Folgende Fragen wurden dem Unterausschuss vorgegeben:

- Was sind eigentlich globale Fragen?
- Welche Lösungsansätze gibt es für diese Fragen?
- Welche Instrumente/Organisationen stehen hierfür zur Verfügung bzw. handeln in globalen Ansätzen?
- Wie unterscheidet sich „globale“ Politik von der herkömmlichen internationalen Politik? Was bedeutet dies für die Formulierung nationaler Außenpolitik?

- Welcher Zusammenhang besteht zwischen ökonomischer Regionalisierung sowie politischer regionaler Verflechtung und Globalisierung?
- Welche Rolle spielen regionale Zusammenschlüsse und Regionalorganisationen in diesem Kontext – laufen sie bestimmten Globalisierungsansätzen zuwider oder unterstützen sie diese?
- Wo liegen die Gefahren der Globalisierung und wie muss ihnen begegnet werden?<sup>9</sup>

Insgesamt besteht der Auswärtige Ausschuss aus 40 Mitgliedern und ihren Stellvertretern, so dass der Fragebogen an 80 Abgeordnete verschickt wurde. Der Ausschuss ist proportional nach Fraktionsstärke besetzt. Die SPD ist mit 18 ordentlichen Mitgliedern vertreten, ihr Koalitionspartner, Bündnis 90/Die Grünen mit 3, CDU/CSU mit 14, die FDP mit 3 und die PDS mit 2. Insgesamt kamen 31 Fragebögen zurück, das entspricht einer Quote von 38,75 Prozent aller kontaktierten Personen. Darunter waren 16 Fragebögen von Sozialdemokraten, 8 von Christdemokraten, 3 von Bündnisgrünen, 3 von Liberalen und einer von der PDS. Diese Verteilung bildet fast perfekt die Mehrheitsverhältnisse im Auswärtigen Ausschuss ab. Aufgrund der relativ geringen Fallzahl bieten die statistischen Auswertungen in einigen Fällen nur grobe Anhaltspunkte und müssen mit entsprechender Vorsicht interpretiert werden. Da damit gerechnet werden musste, dass die Fallzahl aus der schriftlichen Befragung niedrig sein würde, wurde sie durch qualitative Analysen ergänzt. Zu diesem Zweck wurden Interviews durchgeführt sowie Grundsatz- und Wahlprogramme, Positionspapiere, Plenarprotokolle und andere Bundestags-Drucksachen analysiert.

## 2. Ergebnisse der empirischen Erhebung

Die empirischen Befunde werden unter zwei Gesichtspunkten analysiert: zum einen sollen die Antworten daraufhin geprüft werden, ob sich aus ihnen konsistente Weltbilder in Anlehnung an die theoretischen Modelle herauslesen lassen. Zum anderen soll geprüft werden, ob sich politische Ordnungsmodelle und Handlungsstrategien entsprechen. Nicht zuletzt werden die Daten daraufhin analysiert, ob parteispezifische Antwort- und Argumentationsmuster festzustellen sind. Wie der Fragebogen, geht auch die Auswertung auf drei Inhalte ein: (1) die allgemeine Einschätzung von EU und Globalisierung, (2) Entwicklung der EU bezüglich der konstitutionellen und funktionalen Präferenzen sowie (3) konkrete Krisenstrategien in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit.

### 2.1 Konsistenz der Weltbilder

Hier sollen zunächst die in der Befragung zutage getretenen Ordnungsmodelle auf ihre Konsistenz geprüft werden. Der Fragebogen war so aufgebaut, dass die idealtypischen Ordnungsmodelle in Komponenten zerlegt wurden, zu denen einzeln Zustimmung oder Ablehnung abgefragt wurde. Aus den Antworten können dann die empirischen Ordnungsmodelle der Akteure rekonstruiert werden. Ein

---

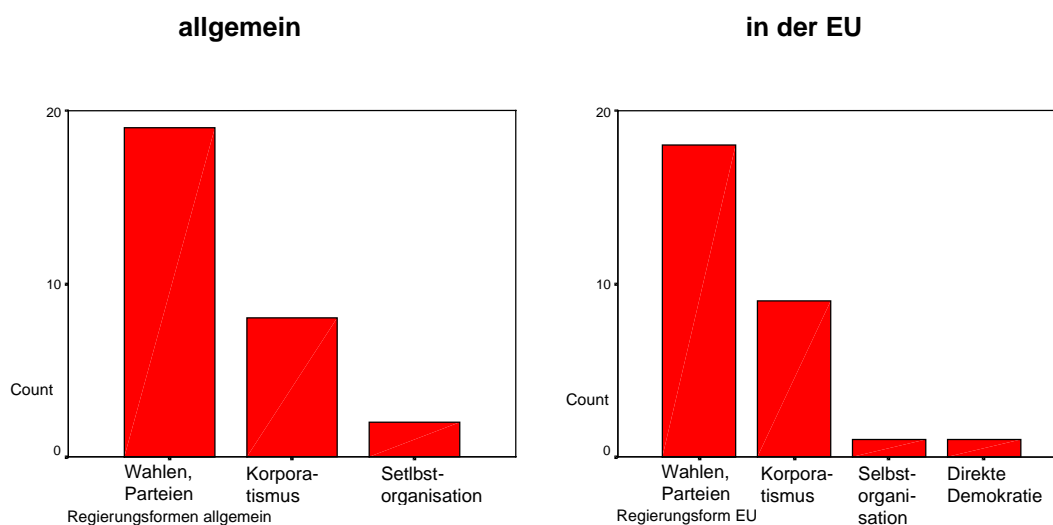
<sup>8</sup> Vgl. die Darstellung auf der Homepage des Ausschusses ([http://www.bundestag.de/gremien/gremien/a3\\_a.htm](http://www.bundestag.de/gremien/gremien/a3_a.htm))

<sup>9</sup> aus: Klose, Hans-Ulrich, 1998: Argumente für die Einrichtung von Unterausschüssen des Auswärtigen Ausschusses in der 14. Wahlperiode, S. 5.

Ordnungsmodell wird als konsistent eingestuft, wenn die Antworten logisch widerspruchsfrei und theoretisch plausibel sind. Wird beispielsweise zivilgesellschaftlichen Akteuren eine große Bedeutung beigemessen, so ist eher eine funktionale denn territoriale Problemorientierung zu erwarten sowie eine Präferenz für nichtstaatliche Steuerungsmechanismen und multilaterale Lösungsstrategien. Dies gilt für nationale politische Systeme ebenso wie für das regionale EU-System oder das globale System. Die idealtypischen internationalen Ordnungsmodelle finden ihre Entsprechung jeweils auch auf nationaler und regionaler Ebene. Im letzteren Fall handelt es sich um den Idealtyp der „Vernetzungswelt“. Im Weltbild der „Gesellschaftswelt“ wird noch in territorialen Kategorien gedacht, aber neben staatlichen Steuerungs- und Konfliktregelungsmechanismen wird regionalen und internationalen Organisationen eine wichtige Rolle eingeräumt. Die Nähe zum Modell der „Staatenwelt“ lässt sich daran ablesen, dass Regierungen sowohl intern als auch extern als dominante Akteure eingestuft werden.

Im Folgenden soll geprüft werden, ob die theoretisch angenommenen Zusammenhänge auch der Auffassung der Akteure entsprechen. Zunächst geht es um nationalstaatliche Ordnungsmodelle. Es ist für einen Politikwissenschaftler plausibel, dass es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der einem politischen System angemessenen Form der Interessensvertretung und dem Beitrag gibt, den unter den Gesichtspunkten von Effektivität und Legitimität gesellschaftliche Akteure durch ihre direkte Einbindung in die Politik leisten können. Die Befragungsergebnisse bestätigen die Erwartungen. Zum einen spiegelt sich in den Antworten die Zufriedenheit mit dem politischen System der Bundesrepublik Deutschlands wider, das man in seinen Grundformen auch in der EU verwirklichen sehen möchte: Die überwiegende Mehrheit plädiert für eine Interessensrepräsentation der Bürger über Wahlen und Parteien. Konzertierte Aktionen von Gesellschaft und Politik stehen ebenfalls noch hoch im Kurs, wohingegen Formen der direkten Demokratie bzw. der gesellschaftlichen Selbstorganisationen nur bei einer kleinen Minderheit Unterstützung finden.

**Abb. 2: Bevorzugte Repräsentationsformen gesellschaftlicher Interessen (Frage 12)**





Zum anderen gibt es eine offenkundige Konsistenz der Antworten, wie die Kreuztabellierung (Tab. 2) zeigt. Den Befürwortern der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie geht es in erster Linie um die Artikulation von Interessen und – in deutlich geringerem Maße – das Einbringen von Sachverstand. Die direkte Mitwirkung von gesellschaftlichen Akteuren in der Politik wird vor allem als Beitrag zu einer sachgemäßen Politik akzeptiert. Nur in diesen Kreisen wird auf die Gefahr hingewiesen, dass durch die direkte Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure die politische Verantwortung von Parlament und Regierung unterlaufen werden könnte.

Die Anhänger neo-korporatistischer Arrangements begründen die Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure vor allem damit, dass politische Entscheidungsträger auf externen Sachverstand angewiesen sind. Ihnen geht es in geringerem Maße um die direkte Artikulation von Interessen oder die effektive Durchsetzung von Politik. Sie schätzen die Partnerschaft von Staat und Gesellschaft im Interesse sachgemäßer Politik und erwarten durch die Einbindung gesellschaftlicher Akteure einen Legitimationsgewinn.

Diejenigen, die grundsätzlich direkte Formen der Demokratie befürworten, legen einmütig das Gewicht auf Interessensartikulation. Für sie ist die Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure an politischen Entscheidungen in der EU ein Gewinn, weil aus ihrer Sicht nur ein Mehr an Partizipation die Legitimität europäischer Politik verbessert.

**Tab. 2: Beteiligung gesellschaftlicher Akteure  
(Frage 13, 14, Prozent ein Abhängigkeit von der Antwort auf Frage 12)**

Form der Beteiligung	Gesamt	Funktion gesellschaftlicher Akteure			Bewertung gesellschaftlicher Mitwirkung		
		Transmission	Expertise	Implementation	Partnerschaft	Legitimität	Gefahr
parlamentarische Repräsentation	62,1	55,6	33,3	11,1	61,1	27,8	11,1
Neo-Korporatismus	31	33,3	44,4	22,2	55,6	44,4	
direkte Demokratie, Selbstverwaltung	6,9	100				100	
Gesamt		51,7	34,5	13,8	55,2	37,9	6,9

Erwartungsgemäß fallen auch die Antworten auf die Frage nach der Funktion von Grenzen in der EU aus. Akteure, die für eine gesellschaftliche Selbstorganisation plädieren, sehen sie als reines Hindernis für die Wahrnehmung gemeinsamer Probleme und die Suche nach gemeinschaftlichen Lösungen. Wer dagegen das Modell der repräsentativen Demokratie vertritt, der rückt ihre Identität stiftende Funktion in den Vordergrund. Für Vertreter der direkten Demokratie sind sie lediglich noch wichtig für

die Aufrechterhaltung der politischen Ordnung. Die Ordnungsfunktion überwiegt auch für Vertreter des neo-korporatistischen Ordnungsmodells, die allerdings Grenzen auch deutlich als Behinderung einstufen.

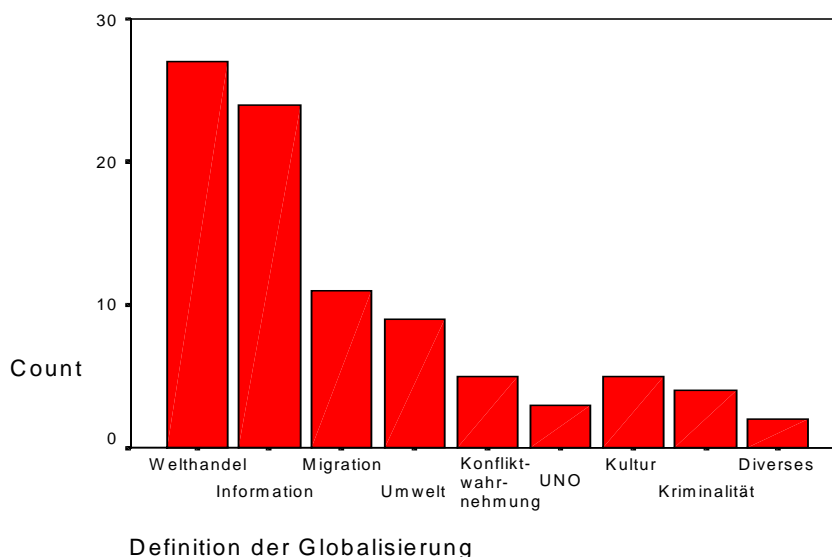
**Tab. 3: Regierungsformen und Funktion von Binnengrenzen (Fragen 12, 16, in Prozent)**

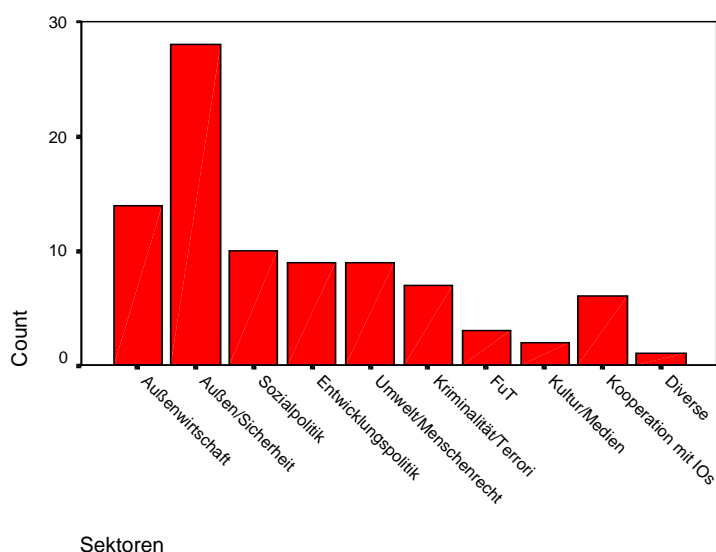
Form der Beteiligung	Funktion von Grenzen in der EU			Gesamt
	Ordnung	Hindernis	Identität	
parlamentarische Repräsentation	33,3	22,2	44,4	62,1
Neo-Korporatismus	55,6	33,3	11,1	31
Selbstverwaltung		100		3,5
direkte Demokratie	100			3,5
Gesamt	41,4	27,6	31	

## 2.2 Globalisierung und Integration

Hier geht es um die spannende Frage, ob man eine Stärkung der EU gerade in den Bereichen anstrebt, die man als Kerngebiete der Globalisierung identifiziert hat (Abb. 3, 4). Die Kreuztabellierung veranschaulicht das Ergebnis.

**Abb. 3: Merkmale der Globalisierung (Frage 1, Mehrfachnennungen möglich)**



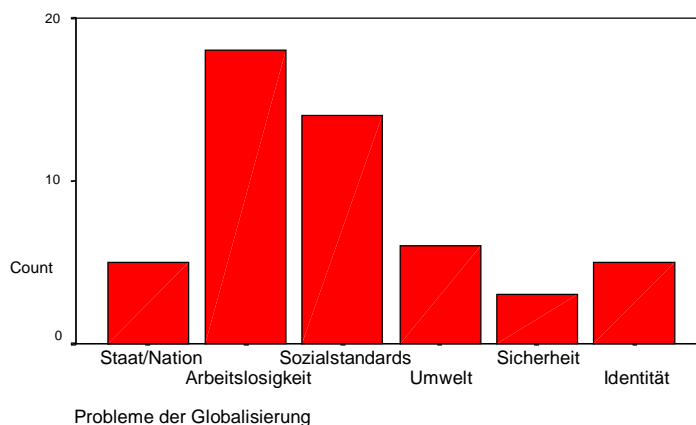
**Abb. 4: Sektoren mit weiterem europäischen Integrationsbedarf  
(Frage 10, Mehrfachnennungen möglich)****Tab. 4: Merkmale der Globalisierung und europäische Integration  
(Fragen 1, 10; Häufigkeitsverteilung)**

Merkmale	Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen										Summe
	Außen/Sicherheit	Außenwirtschaft	Sozialpolitik	Entwicklung	Umwelt/MR	Kriminalität	Koop. mit IOs	FuT	Kultur/Medien	Diverses	
Wirtschaft	24	11	8	7	7	7	4	3	2	1	74
Technik	22	12	7	6	6	6	4	3	1	1	68
Konflikte	5	2	1	1		1	2	1			13
Kriminalität	5	1		1	1	2	2	1			13
Migration	9	6	4	5	5	2			1	1	33
Umwelt	8	4	5	4	4	1	1				27
UNO	2	1	1	2	1		1		1		9
Kultur	5	2	2	1		2	2		1		15
Diverses	2	2			1		1				6
Summe	82	41	28	27	25	21	17	8	6	3	258

Auffallend ist zunächst, dass Globalisierung, unabhängig davon, in welchen Bereichen sie lokalisiert wird, mit dem Wunsch einer verstärkten außenpolitischen Handlungsfähigkeit der EU korreliert. Dabei wird der klassischen Außen- und Sicherheitspolitik ein deutlich höherer Wert zugemessen als der traditionellen Domäne der EU, nämlich der Außenwirtschaftspolitik. Funktionale Entsprechungen sind dagegen nur schwach ausgeprägt. Der Bereich Migration und Umwelt zeigt noch am ehesten, dass man spezifischen Herausforderungen der Globalisierung mit einer Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit auf entsprechendem Gebiet begegnen will.

Es ist naheliegend anzunehmen, dass nicht die Zuordnung der Globalisierungsfolgen zu einem bestimmten Handlungsbereich, sondern die Diagnose von bestimmten Folgeproblemen Handlungsbedarf erzeugt. Folglich soll hier überprüft werden, ob Integrationsstrategien in einem systematischen Zusammenhang mit den Problemdefinitionen stehen. Insgesamt werten die befragten außenpolitischen Akteure die Arbeitslosigkeit als das größte Problem. Es rangiert vor dem Wettlauf um die Absenkung sozialer Standards. Mit einigem Abstand folgen Sorgen um eine mangelnde Rücksichtnahme auf die Umwelt, um den Verlust kultureller Identität, die Infragestellung von Staat und Nation sowie die Bedrohung der Sicherheit der Bürger.

**Abb. 5: Probleme der Globalisierung (Frage 2, Mehrfachnennungen möglich)**



**Tab. 5: Probleme der Globalisierung und europäische Integration (Fragen 2, 10; Häufigkeitsverteilung)**

Probleme der Globalisierung	Stärkung der Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen										Summe
	Außen/Sicherheit	Außenwirtschaft	Sozialpolitik	Entwicklung	Umweltschutz/Menschenrechte	Kriminalität	Koop. mit IOs	FuT	Kultur/Medien	Diverses	
Arbeitslosigkeit	17	7	7	5	5	4	2	2	1	1	51
Sozialstandards	11	4	9	5	4	2	2	1	1	1	40
Umwelt	4	3	2	2	5		1	1			18
Staat/Nation	5	2	2	2		1	2		1		15
Identität	5	3		1	1	1	2		1		14
Sicherheit der Bürger	3	1		1		2		1			8
Summe	45	20	20	16	15	10	9	5	4	2	146

Fragt man nach dem Zusammenhang zwischen Problemdefinition und funktionalen Integrationsstrategien, so kann das Ergebnis an der obenstehenden Tabelle abgelesen werden. Auch hier gilt, dass das

generelle, zeithistorisch<sup>10</sup> bedingte Interesse an einer Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik dominiert. Ein funktionaler Zusammenhang zwischen drohender Arbeitslosigkeit und einem Ausbau sozialer Leistungen mit der Außen- und Sicherheitspolitik der EU lässt sich nicht herstellen. Allerdings gibt es zusätzlich eine Häufung der Nennungen zugunsten einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit in den Gebieten Außenwirtschaft, Sozialpolitik und auch noch Entwicklungshilfe und internationale Umweltpolitik. Hier ist ein funktionaler Zusammenhang nicht zu bestreiten. Gleiches gilt für den Bereich der Umwelt- und inneren Sicherheitspolitik. Wird die Verschärfung grenzüberschreitender Umweltprobleme mit Globalisierung in Zusammenhang gebracht, tritt man für eine Verstärkung der Handlungsfähigkeit der EU in der Umwelt- und Menschenrechtspolitik ein. Diejenigen, die sich vorrangig um die Sicherheit der Bürger sorgen, treten für eine weitere Vergemeinschaftung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Kriminalitätsbekämpfung ein. Aufschlussreich ist, dass eine Infragestellung von Staat und Nation oder ein befürchteter Verlust kultureller Identität als Folge von Globalisierung keineswegs zur Verteidigung des Nationalstaats führt. Im Gegenteil, auch die deutschen Parlamentarier, die hier Befürchtungen äußern, sind in hohem Maße bereit, die außenpolitische Handlungsfähigkeit der EU (Außen- und Sicherheitspolitik, Außenwirtschaftspolitik, Kooperation mit anderen IO) zu verstärken und damit einen tiefen Einschnitt in staatliche Souveränitätsrechte hinzunehmen.

### **2.3 Strategien zur Bearbeitung internationaler Probleme**

Probleme, die nur international bewältigt werden können, sollten nach Meinung der Hälfte der Befragten durch regionale Verbände wie die EU bearbeitet werden. Der Nationalstaat hat offensichtlich ausgedient, aber nicht das Denken in staatlichen Kategorien. Die Mehrheit der Befragten wünscht sich nämlich eine Entwicklung der EU hin zum Bundesstaat und damit ist zu unterstellen, dass der „Staat“ weiterhin als legitimer Interessenvertreter in der internationalen Politik angesehen wird. Bei dieser Frage wäre ein internationaler Vergleich besonders aufschlussreich. Das europapolitische Denken deutscher Eliten ist seit dem 2. Weltkrieg von der Bereitschaft der Aufgabe eigener Nationalstaatlichkeit zugunsten der europäischen Integration und deren Entwicklung hin zum Bundesstaat geprägt.<sup>11</sup> Im britischen Denken gibt es dagegen weder die Bereitschaft zur Unterordnung der eigenen Souveränität noch die Konzeptionalisierung der EU als ein „unvollendeter Bundesstaat“ (Hallstein). Folglich dürfte bei britischen Parlamentariern dem Nationalstaat eine größere Rolle eingeräumt werden. Außerdem müssten Antworten zugunsten der EU als eigenständigem internationalem Akteur anders interpretiert werden. Fast gleich viele Befragte sehen Internationale Organisationen als Abstimmungsforen multilateraler Politik als ebenso geeignet an, um internationale Probleme effektiv zu bearbeiten. Die Bereitschaft, sich auf international festgelegte gemeinsame Verfahren, Normen und Regeln einzulassen, um überstaatlich Politik zu betreiben, wird hier als gleichbedeutend mit der

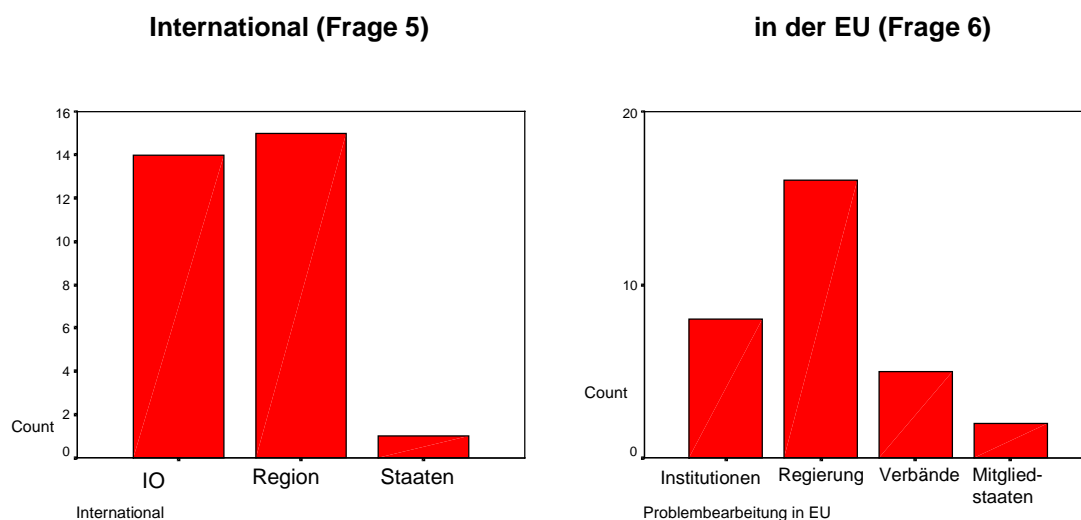
---

<sup>10</sup> Zum Zeitpunkt der Befragung (Frühjahr 1999) war die Frage der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch den Kosovo-Krieg besonders virulent.

<sup>11</sup> Vgl. die Ergebnisse eines vergleichenden Mannheimer Forschungsprojekts zu den europapolitischen Ordnungsvorstellungen britischer, deutscher und französischer Eliten (Jachtenfuchs/Diez/Jung 1998; Jachtenfuchs 1999).

Präferenz für die Gesellschaftswelt eingestuft. Nur ein Befragter sieht in der direkten Kooperation mit anderen betroffenen Staaten den besten Weg zur Lösung internationaler Probleme. Keiner der Befragten möchte die Aufgabe der internationalen Problembearbeitung der Selbstorganisation von transnationalen Verbänden und Bürgergruppen überlassen. Diese radikale Form der Vernetzungswelt findet also keine Unterstützung. Setzt man die für die internationale Politik geäußerten Präferenzen in Bezug zu Vorstellungen über eine angemessene Art der Problembearbeitung in der EU, so zeigt sich, dass diejenigen, die international auf die EU setzen, eindeutig die Entwicklung zum europäischen Bundesstaat bevorzugen. Etwas mehr streuen die Antworten derjenigen, die in globalen Angelegenheiten internationalen Organisationen und damit dem Modell Gesellschaftswelt den Vorzug geben. Rund 43 Prozent von ihnen möchten der EU echte Regierungskompetenzen geben; rund 29 Prozent plädieren dafür, dass die Institutionen der EU in ihrer heutigen Verfasstheit sich der internationalen Probleme annehmen (Gesellschaftswelt-Modell).

**Abb. 6: Institutionen, denen effektives Regieren und Problemlösen zugetraut wird**



Die Konsistenz der Ordnungsmodelle in den Köpfen der Befragten lässt sich auch anhand der Frage überprüfen, welche Funktion sie Grenzen innerhalb der EU zuschreiben. Als Indikator für das Modell der Staatenwelt wurde die Antwort gewertet, dass mitgliedstaatliche Grenzen Identität stiften und sichern. Diese identitätsstiftende Funktion wurde genau von denjenigen genannt, die eine zwischenstaatliche Kooperation in der EU befürworten (Staatenwelt-Modell). Weniger eindeutig sind die alternativen Vorstellungen der Grenzen als politische Ordnungslinien (Gesellschaftswelt) bzw. als Hürden für die Wahrnehmung und Lösung gemeinsamer Probleme (Vernetzungswelt) zuzuordnen; beide sind jedoch unvereinbar mit der Vorstellung, dass durch Verhandlungen zwischen den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten gemeinsame Probleme am effektivsten bearbeitet werden.

**Tab. 6: Problembearbeitung in der EU und Funktion von Grenzen in der EU  
(Fragen 6, 16; Häufigkeitsverteilung)**

Problembearbeitung in der EU am besten durch	Funktion von Grenzen innerhalb der EU			Summe
	Ordnungslinien	Hürde für gem. Problemlösung	Identitätsstiftung	
Institutionen der EU	2	3	3	8
Regierungskompetenzen für die EU	7	3	5	15
Mitgliedstaaten			2	2
Selbstorganisation	3	2		5
Summe	12	8	10	30

Um die Konsistenz der Vorstellungen zur internationalen Ordnung zu überprüfen, wurde die Übereinstimmung der Antworten auf die Frage nach den Akteuren internationaler Problemlösung und den Vorstellungen über das zukünftige Aussehen der Welt getestet (Tab. 7). Keiner der Befragten geht davon aus, dass die Welt der Zukunft dem Staatenmodell entspricht, d.h. dass sich kleinere Staaten an Führungsmächte anlehnen, die ihre Präferenzen teilen. Fast drei Viertel stellen sich die Zukunft der internationalen Beziehungen in Form der Zusammenarbeit der Staaten in regionalen und globalen Organisationen vor (Gesellschaftswelt), die anderen rund 28 Prozent erwarten eine verstärkte grenzüberschreitende Kooperation gesellschaftlicher Akteure (Vernetzungswelt). Untersucht man die Verteilung der Antworten auf beide Fragen, so zeigt sich, dass Vernetzungs- und Gesellschaftswelt nicht trennscharf voneinander unterschieden werden. Eindeutig ist jedoch, dass die Vorstellung einer von institutionalisierter Zusammenarbeit dominierten Welt unter aktiver Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure die meisten Anhänger findet, wohingegen die Staatenwelt in den Hintergrund tritt.

**Tab. 7: Internationales Problemlösen und Vorstellung von der Welt der Zukunft  
(Fragen 5, 17, Häufigkeitsverteilung)**

Welt der Zukunft	Internationale Problemlösung			Summe
	Internationale Organisationen	Regionale Verbände	Kooperation von Staaten	
Regionale/globale Organisationen	10	9	1	20
Gesellschaftliche Akteure	2	6		8
Hegemoniale Staatenordnung				
Summe	12	15	1	28

Interessanter als die Stimmigkeit der Ordnungsvorstellungen bezogen auf jeweils nur eine (nationale, europäische oder globale) Ebene ist die Ebenen übergreifende Konsistenz von Ordnungsbildern. Der Vergleich der nationalen und der europäischen Ebene fiel eindeutig aus. Fast alle Befragten gaben an, sie würden in der EU die gleiche Form der Interessenvertretung der Bürger befürworten wie auf

nationaler Ebene. Diese Aussagen werden durch weitere Befunde bestätigt. Nur wer für das Modell der repräsentativen Demokratie plädiert, sieht in Verhandlungen zwischen den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten die beste Gewähr für eine erfolgreiche Politik gegeben. Allerdings ist es nur eine Minderheit unter den deutschen Abgeordneten, die sich eine effektive repräsentative Demokratie nur im nationalstaatlichen Rahmen vorstellen können. Für die Mehrheit sollte die EU mit echten Regierungskompetenzen ausgestattet werden, d.h. ein europäischer Bundesstaat ist am besten mit ihren Vorstellungen von repräsentativer Demokratie vereinbar. Wer dagegen für konzertierte Aktionen bzw. für eine gesellschaftliche Selbstorganisation auf nationaler Ebene eintritt, der ist auch in der EU in hohem Maße bereit, Verbänden, Bürgergruppen und Experten eine Beteiligung am Entscheidungsprozess zuzugestehen. Auch in den Antworten auf diese Fragen zeigt sich wieder, dass das Modell des Bundesstaats und das der Gesellschaftswelt in den Vorstellungen der Akteure dicht beieinander liegen und nicht trennscharf sind.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die nationalen mit den internationalen Ordnungsvorstellungen in Beziehung setzt. Wer auf nationaler Ebene ein Befürworter der Selbstverwaltung ist, sieht ausschließlich die internationalen Organisationen als geeignete Akteure, um internationale Probleme zu lösen. Wer im eigenen Nationalstaat korporatistische Beteiligungsformen befürwortet, entscheidet sich zu gleichen Teilen für Internationale Organisationen und regionale Verbände; d.h. konkret für die EU. Diejenigen, deren Option die repräsentative Demokratie ist, sprechen sich am nachdrücklichsten für die EU als eigenständigen internationalen Akteur aus. Es steht zu vermuten, dass mit dem bundesstaatlichen Charakter der EU eine größere Nähe zum Staatenmodell besteht als es mit nur einer Nennung für die zwischenstaatliche Kooperation zum Ausdruck kommt.

**Tab. 8: Form der Beteiligung und Präferenz internationaler Problemlösung (Fragen 12, 5; Häufigkeitsverteilung)**

Form der Beteiligung	Internationale Problemlösung am Besten durch			Summe
	Internationale Organisationen	Regionale Verbände	Kooperation von Staaten	
Repräsentative Demokratie	6	11	1	18
Korporatist. Modell	4	4		8
Selbstverwaltung	2			2
Summe	12	15	1	28

Der abschließende Teil des Fragebogens war den Vorstellungen zu konkreten Krisenstrategien (Fragen 18-20) gewidmet. Es war zu erwarten, dass die Antworten je nach Sachbereich unterschiedlich ausfallen würden. Zum einen besteht zwischen den Theorien der Internationalen Beziehungen Konsens, dass die Wahrung staatlicher Sicherheit originäres Aufgabenfeld des Staates ist, während gesellschaftliche Akteure eine größere Rolle im Bereich Wirtschaft spielen. Im fiktiven Fall einer Sicherheitskrise um Mazedonien plädierten fast alle Befragten für präventive Diplomatie und interna-



tionale Konzertierung. Gleiche Präferenzen zeigen sich auch, wenn man die Frage grundsätzlich für friedliche Konfliktregulierung stellt. Die Mehrheit spricht sich für friedenssichernde Voraussetzungen aus. Ganz im Sinne der Vorstellungen von Czempels (1991) Gesellschaftswelt ist man der Auffassung, dass Sicherheit langfristig nur durch mehr Demokratie, Menschenrechte und Wohlfahrt gesichert werden kann. Nur eine Minderheit von 6 Prozent spricht sich im konkreten Fall von Mazedonien zugunsten von äußeren militärischen Eingriffen seitens der NATO aus. Diese Zurückhaltung dürfte sich allerdings auch wieder zeitbedingt, nämlich durch die Erfahrungen im Kosovokonflikt erklären lassen. Grundsätzlich stimmen nämlich mehr Befragte der These zu, dass Sicherheit nur von einer militärischen Allianz effektiv gewährleistet werden kann.

Die Grenzen des Multilateralismus zeigen sich dann, wenn ein Konflikt eindeutig nur zwei Parteien zu berühren scheint. Für den Fall eines Handelsstreites zwischen der EU und den USA sprechen sich über 60 Prozent der Befragten für eine Regelung durch die Streitparteien selbst aus. Bilaterale Verhandlungen werden eindeutig dem Streitbeilegungsverfahren der WTO vorgezogen. Keiner spricht sich für eine Regulierung durch die direkt betroffenen Händler und Produzenten aus. Marktregulierung ist offensichtlich in der Wahrnehmung deutscher Parlamentarier eine politische Aufgabe, die man nicht den Absprachen der Wirtschaftsakteure überlassen möchte.

Diese Zurückhaltung gegenüber der wirtschaftlichen Selbstregulierung zeigt sich auch bei der Kontrolle des Umwelt- und Sozialverhaltens Multinationaler Unternehmen. Ein Drittel hält die Bildung von internationalen Regimen, d.h. von zwischenstaatlich vereinbarten Regeln für die effektivste Kontrolle. Jeweils rund 20 Prozent plädieren für die Regulierung durch Internationale Organisationen bzw. dafür, dass die EU einheitliche Regeln entwickelt und deren Beachtung zur Voraussetzung für den Abschluss ihrer Verträge mit Drittstaaten macht (Konditionalitätsprinzip).

Setzt man diese Antworten in Beziehung zu den generellen Vorstellungen über effektive internationale Problemlösung, dann fällt als erstes auf, dass bezogen auf das Modell der Vernetzungswelt ein Widerspruch besteht. Bei der allgemeinen Frage, wer die Aufgabe internationaler Problemlösung übernehmen sollte, hatte niemand transnationale Verbände oder Bürgergruppen genannt. Im konkreten Fall der Kontrolle der Multis spricht sich knapp ein Viertel der Befragten für ein Monitoring durch Öffentlichkeit und Nichtregierungsorganisationen bzw. eine Selbstregulierung der Industrie aus (Vernetzungswelt). Die überwiegende Mehrheit spricht sich jedoch für Regelungsformen aus der Gesellschaftswelt aus: Regimebildung durch Vereinbarung international gültiger Regeln (34,6%), Regulierung durch Internationale Organisationen (19,2%) bzw. die Anwendung des Konditionalprinzips der EU (17,3%). Marginale Bedeutung wird auch hier der Form einzelstaatlicher Kontrolle und Regulierung (Staatenwelt) beigemessen (5,8%).

**Tab. 9: Internationale Problemlösung und Kontrolle Multinationaler Unternehmen  
(Fragen 5, 20; Häufigkeitsverteilung)**

Internationale Problemlösung durch	Kontrolle Multinationaler Unternehmen durch...						Summe
	Internationale Institutionen	Monitoring zivilges. Akteure	Konditionalprinzip	Industriestandards	Regimebildung	Einzelstaatl. Regelung	
Internationale Organisationen	7	5	3	1	8		24
Regionale Verbände	3	3	7	4	8	2	27
Staaten	1				1		2
Summe	11	8	10	5	17	2	53

Insgesamt kann man davon ausgehen, dass politische Akteure konsistente Einschätzungen vertreten und ihre strategischen Optionen mit den Weltbildern übereinstimmen, die sie von den internationalen Ordnungsstrukturen haben. Besonders eindeutig lässt sich das Modell der Staatenwelt isolieren, während Gesellschafts- und Vernetzungswelt Überschneidungen aufweisen. Schwierig erwies sich auch die Interpretation des Bundesstaatsmodells der EU. In etlichen Zusammenhängen kann man es eher den Vorstellungen der Gesellschaftswelt als denen der Staatenwelt zuordnen.

### 3. Parteipolitische Einschätzungen von Globalisierung und europäischer Integration

#### 3.1 Globalisierung und Integration aus der Perspektive der Parteien

In diesem Abschnitt werden die parteispezifischen Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung vorgestellt. Hervorragendes Merkmal der Globalisierung (vgl. Abb. 3) ist für fast 84 Prozent der Befragten das rapide Wachstum des weltweiten Handels mit Gütern und Dienstleistungen, der Finanztransaktionen sowie der Direktinvestitionen (Welthandel). Fast ebenso häufig wird die grenzüberschreitende Verbreitung von Information und Wissen im Zuge der ‚informationstechnologischen‘ Revolution genannt (Information 77,5%). Andere Erscheinungsformen wie die Verstärkung von Migration und Flüchtlingsströmen (Migration), die Verschärfung grenzüberschreitender bzw. gar globaler Umweltprobleme (Umwelt) stehen dahinter deutlich zurück. Noch geringer fallen die Nennungen von internationalen Konflikten (Konflikt), die weltweit wahrgenommen werden, die Verbreitung amerikanisierter Lebensstile (Kultur) oder die Ausbreitung organisierter Kriminalität aus (Kriminalität). Die Aufwertung der UNO als Manager internationaler Konflikte wird nur von wenigen als typisches Merkmal der Globalisierung genannt (UNO). Als völlig randständig für den Globalisierungsprozess wird von deutschen Parlamentariern das verstärkte grenzüberschreitende Engagement der Bürger in anderen Teilen der Welt eingeschätzt.

Das deutsche Parteienspektrum wird üblicherweise nach dem klassischen Links-Rechts-Schema aufgeteilt, womit allerdings die programmatischen Differenzen nur in Bezug auf Wirtschafts- und Sozialfragen erfasst werden. Die Differenzierung nach sozio-kulturellen Werthaltungen ist eine wichtige Ergänzung, um die Zweidimensionalität des deutschen Parteiensystems zu erfassen und die einzelnen Parteien angemessen einordnen zu können. Es war zu erwarten, dass die politikfeldspezifische Positionierung sich in den Antworten der Befragten widerspiegeln würde.

**Tab. 10: Globalisierung aus Sicht der Parteien (Frage 1, in Prozent je Partei)**

	Definition der Globalisierung								
	Welt-handel	Informa-tion	Migra-tion	Umwelt	Konflikte	UNO	Kultur	Krimi-nalität	Diverses
SPD	28,9	28,9	11,1	13,3	6,7		8,9		2,2
CDU/CSU	37,5	29,2	12,5	4,2	4,2			12,5	
Grüne	22,2	11,1	22,2	22,2		22,2			
FDP	22,2	22,2	11,1		11,1	11,1		11,1	11,1
PDS	33,3	33,3					33,3		
Durchschnitt	30	26,7	12,2	10	5,6	3,3	5,6	4,4	2,2

So werden zwar Wirtschaftsverflechtung und die weltumspannenden raschen Informationsmöglichkeiten von allen Befragten als hervorstechende Eigenschaften der Globalisierung wahrgenommen, aber die Einschätzung der relativen Bedeutung dieses Phänomens ist unterschiedlich. Dies gilt noch mehr für alle anderen Merkmale. Auffallend ist der weitgehende Konsens zwischen SPD und CDU/CSU, wobei CDU/CSU erwartungsgemäß die wirtschaftliche Komponente stärker betonen und die SPD den Umweltaspekt. Die Verschärfung der grenzüberschreitenden Umweltprobleme findet vor allem die Aufmerksamkeit von SPD und Grünen, was ihren programmatischen Schwerpunkten entspricht. Für Liberale ist Globalisierung offenkundig ein komplexes Phänomen, das sich vorrangig zwar auch durch zunehmende wirtschaftliche Interdependenz und Informationsvernetzung auszeichnet, aber zusätzlich durch weitere wichtige Merkmale gekennzeichnet ist: verstärkte Migration, die intensive Wahrnehmung und Betroffenheit von Konflikten, die Aufwertung der UNO, die Ausbreitung internationaler organisierter Kriminalität und des politischen Terrorismus. Ein Drittel der Liberalen sieht mit der Globalisierung das „Ende der nationalen Steuerungsfähigkeit“ gekommen. Der Vertreter der PDS wertet als Einziger die „McDonaldisierung der Kulturen“ als ebenso typisch für Globalisierung wie die Vernetzung von Wirtschaft und Information. In der Einschätzung des europäischen Integrationsbedarfs gibt es ebenfalls einen breiten überparteilichen Konsens. Auf die Frage, in welchen Bereichen die Handlungsfähigkeit der EU angesichts der Globalisierung gestärkt werden sollte, sprach sich die deutliche Mehrheit aller Parteimitglieder für den Ausbau der Außen- und Sicherheitspolitik aus. Betrachtet man die parteispezifischen Unterschiede, so zeigt sich, dass im Vergleich zur SPD mehr CDU/CSU-Abgeordnete die Bedeutung einer gemeinschaftlichen Außenwirtschafts- und

Währungspolitik sowie die Bekämpfung von Kriminalität betonen.<sup>12</sup> Bei den Antworten der SPD wird vergleichsweise mehr Gewicht auf die Sozial- und Umweltpolitik gelegt.<sup>13</sup> Eine gemeinschaftliche Sozial- und Arbeitsmarktpolitik wird von einigen CDU-Abgeordneten explizit abgelehnt; die unterschiedliche Einstellung zu einer Vertiefung der europäischen Sozialpolitik ist angesichts der deutlichen Präferenzunterschiede zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerflügel in der Union nicht erstaunlich. Die Ablehnung wird damit begründet, dass der Bundesrepublik bei Verstärkung der EU-Sozialpolitik ein Transfer in die anderen Mitgliedsländer zugemutet würde und dass die Unterschiede zwischen den nationalen Systemen zu groß seien, um sinnvoll vereinheitlicht zu werden (Interview). Auch die Antworten der Parlamentarier der FDP, der Grünen und der PDS lassen gewisse parteitypische Präferenzen erkennen. Sie sollen hier jedoch nicht ausführlich referiert werden, weil die geringe Fallzahl keine aussagekräftige Differenzierung zulässt. Insgesamt soll vielmehr festgehalten werden, dass die parteiübergreifende Zustimmung zur Außen- und Sicherheitspolitik sehr viel mehr ins Gewicht fällt als die Differenzen, die man anhand der programmatischen Standortbestimmung der Parteien erwarten konnte.

Die Frage nach den Problemen, die die Globalisierung aufwirft, schließt logisch an die Charakterisierung des Phänomens an. Im Vordergrund steht die Bedrohung der Arbeitsplätze durch eine Verschärfung der internationalen Konkurrenz (Arbeitslosigkeit) und eine mögliche Absenkung der sozialen Standards (Sozialstandards). Schwindende Rücksicht auf Natur und Umwelt (Umwelt), die Infragestellung von Staat und Nation (Staat/Nation), eine stärkere Bedrohung der Sicherheit der Bürger (Sicherheit) sowie der Verlust kultureller Identität (Identität) sind dagegen eindeutig nachrangig.

**Tab. 11: Probleme der Globalisierung aus Sicht der Parteien (Frage 2, in Prozent je Partei)**

	Probleme der Globalisierung					
	Staat/ Nation	Arbeits- losigkeit	Sozialstandards	Umwelt	Sicherheit	Kulturelle Identität
SPD	3,9	38,5	34,6	19,2		
CDU/CSU	7,1	42,9	14,3	7,1	21,4	7,1
Grüne	33,3	16,7	33,3			16,7
FDP	25					75
PDS		50	50			
Gesamt	9,6	34,6	26,9	11,5	5,8	9,6

Diesmal zeigen sich auch zwischen den beiden großen Parteien neben der Übereinstimmung in Fragen der Arbeitslosigkeit deutliche Unterschiede in der Problemanalyse. Für beide ist steigende

<sup>12</sup> Die in Interviews befragten CDU-Abgeordneten nannten ebenfalls Außen- und Sicherheitspolitik (4), Wirtschaftspolitik (2), Verteidigungspolitik, Rüstung und Abrüstung, Innenpolitik (2), Kriminalitätsbekämpfung, Asyl- und Flüchtlingsproblematik und Strukturpolitik (transeuropäische Netze).

<sup>13</sup> Die Interviewpartner von der SPD nannten: Innen- und Rechtsordnung, Bevölkerungs- und Migrationspolitik, Kriminalitätsbekämpfung, Beschäftigungspolitik (2), Kontrolle der internationalen Finanzströme, Sicherheits- und Außenpolitik sowie Wirtschaftspolitik.

Arbeitslosigkeit das zentrale Problem der globalisierten Welt. Bei der SPD folgen die Sorge um die Absenkung sozialer Standards aufgrund des Wettbewerbs mit anderen Regionen und das Problem der Umweltverschmutzung. Nach den Antworten der CDU/CSU-Fraktionsmitglieder spielt für sie die Bedrohung der Sicherheit der Bürger eine deutlich wichtigere Rolle als die Gefahr sinkender Sozialstandards. Dies korrespondiert mit der Einschätzung, dass international organisierte Kriminalität und die Ausbreitung des politischen Terrorismus ein wichtiges Merkmal der Globalisierung sei und entspricht der besonderen Aufmerksamkeit, die die Christdemokraten der inneren Sicherheit zumessen. Die Aufmerksamkeit der Grünen richtet sich ebenso sehr auf das Problem einer Infragestellung von Staat und Nation wie auf die Gefahr eines „race to the bottom“ bezogen auf soziale Standards. Immer noch problematisch, wenn auch nicht gleichermaßen bedeutsam, werden zunehmende Arbeitslosigkeit und der Verlust kultureller Identität gewertet. Bemerkenswert ist, dass die nachlassende Rücksicht auf Natur und Umwelt nicht als Globalisierungsproblem genannt wurde, obwohl die Sorge um eine lebenswerte Umwelt immer noch ein programmatischer Schwerpunkt der Partei ist. Der PDS-Abgeordnete nannte Arbeitslosigkeit und wettbewerbsbedingte Minderung von Sozialstandards, was der sozialistischen Programmatik der Partei entspricht. Auch die Mitglieder der FDP-Fraktion befinden sich in Übereinstimmung mit ihrer Partei, wenn sie den Verlust kultureller Identität als Problem hervorheben. Im Europawahl-Programm von 1999 wird die Bedeutung kultureller Vielfalt, zugleich aber auch eine starke gemeinsame „Werte-, Kultur- und Zivilisationsgemeinschaft“ (FDP 1999: 1) innerhalb Europas betont.

Aus der Analyse der Daten kann das Fazit gezogen werden, dass bei der Einschätzung der dominierenden Merkmale der Globalisierung und der daraus erwachsenden Probleme die Parlamentarier erwartungsgemäß antworten. Die Politikfelder, denen besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird, lassen sich aus ihrer Parteizugehörigkeit ableiten. Die Globalisierung der Wirtschaft steht für die Unionsmitglieder und Parlamentarier der FDP im Vordergrund. Für Liberale verbindet sich damit aber nicht wie für Christdemokraten die Sorge um Arbeitslosigkeit. Hier stehen letztere der SPD näher. Deren Position links von der CDU/CSU drückt sich dann in ihrer Furcht vor einer Senkung der Sozialstandards aus, die sie mit den anderen Parteien des linken Spektrums, nämlich den Grünen und der PDS teilen. Auch wenn es um die Fragen der inneren Sicherheit geht, zeigen sich die bekannten Positionsunterschiede. Es sind vor allem die Parlamentarier der CDU/CSU, die hier Gefahren aus der Globalisierung erwachsen sehen, wohingegen für die "linken" Parteien dies kein besonders brennendes Problem ist.

Überprüft man dann aber, welche integrationspolitischen Strategien in Antwort auf die Globalisierung empfohlen werden, zeigen sich die parteipolitischen Profile weniger deutlich. Folglich scheint es lohnend zu überprüfen, ob - wie in der Ausgangsthese angenommen - ordnungspolitische Vorstellungen im Sinne von Weltbildern eine Rolle spielen.

### 3.2 Ordnungspolitische Vorstellungen der Parteien

Das Ergebnis kann in einem Satz vorweggenommen werden: Es gibt keine eindeutige Zuordnung von ordnungspolitischen Vorstellungen zu Parteien. Vielmehr streuen die Antworten der Parlamentarier einer Partei. Innerhalb des möglichen Spektrums bewegen sie sich allerdings meistens nur innerhalb einer bestimmten Bandbreite. Dabei zeigen sich zwischen den Parteien Überlappungen und gleichzeitig eindeutige Differenzen. Trägt man die Antworten auf einem gedachten Kontinuum von Ordnungsvorstellungen ab, das von dem Modell der Staatenwelt über die Gesellschaftswelt bis hin zur Vernetzungswelt reicht, dann zeigen sich deutliche Positionsunterschiede. Die Positionierung der Parlamentarier bleibt über die politischen Ebenen hinweg konstant; d.h. die Einstellung zur Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure in der nationalen und europäischen Politik entspricht den Präferenzen für die ordnungspolitische Entwicklung der EU und des globalen Systems.

Gefragt nach der angemessenen Form, in der Bürger ihre politischen Interessen zu Gehör bringen sollen, plädieren alle Parlamentarier der FDP und 88 Prozent der CDU/CSU für die Beteiligung an Wahlen und die Mitarbeit in Parteien. Für diese klassischen Repräsentationsformen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie sprechen sich auch 60 Prozent der befragten SPD Abgeordneten aus. Ein Drittel der Sozialdemokraten ist aber der Meinung, dass eine enge Abstimmung zwischen gesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Entscheidungsträgern angemessener sei. Diese korporatistische Variante wird eindeutig von den Vertretern der Grünen bevorzugt. Der Abgeordnete der PDS plädiert seinerseits für die Selbstorganisation der Bürger.

Die Funktionsbeschreibung und die normative Bewertung der gesellschaftlichen Akteure korrespondiert mit diesen Einstellungen. Je nach Partei setzen die befragten Abgeordneten eindeutig unterschiedliche Akzente: Nach mehrheitlicher Auffassung der Christdemokraten (62,5%) spielen gesellschaftliche Gruppen in der europäischen Politik eine wichtige Rolle, weil die politischen Entscheidungsträger auf externen Sachverstand angewiesen sind. Es geht um die Mobilisierung von Sachverstand zur Unterstützung der politisch Verantwortlichen, nicht darum, deren Funktion als Repräsentanten gesellschaftlicher Interessen zu ersetzen. Folgerichtig wird die unmittelbare gesellschaftliche Mitwirkung an politischen Entscheidungen als Gefahr gesehen, weil sie die Verantwortlichkeit der Politik unterläuft; eine Position, die nur von Christdemokraten vertreten wird. Nur eine Minderheit der Christdemokraten sieht die Rolle gesellschaftlicher Akteure darin, Interessen zu artikulieren und Unterstützung für europäische Politik zu mobilisieren. Dies aber entspricht der Auffassung der Mehrheit der Sozialdemokraten. Zwei Drittel der Befragten betrachtet sie als Transmissionsriemen politischer Interessen und hält ihre direkte Mitwirkung an politischen Entscheidungen der EU nicht nur unter dem Gesichtspunkt einer sachgemäßen Politik für legitim (60%), sondern versprechen sich von einem Mehr an Partizipation einen Legitimitätsgewinn (40%). Die Bereitschaft, das Interessensvertretungsmonopol der Mitgliedstaaten zugunsten einer transnationalen Organisation gesellschaftlicher Interessen aufzugeben, ist damit bei den Sozialdemokraten deutlicher ausgeprägt als bei den Christdemokraten. Der Legitimitätsgewinn europäischer Politik durch Partizipation ist für Grüne und PDS der ausschlaggebende Gesichtspunkt. Aus ihrer Sicht - und hier treffen sie sich mit der Auffassung der Liberalen - geht es vor allem darum, dass gesellschaftliche Interessen artikuliert werden und - wichtig aus der Sicht

der Grünen - die Betroffenen in die Politik eingebunden werden, um deren effektive Durchsetzung zu gewährleisten.

Die gleichen Positionsunterschiede zeigen sich auch bei den Antworten auf weitere Fragen. Parlamentarier der CDU/CSU stehen einer Politik der Entgrenzung und der Unterwerfung des Nationalstaates unter die Jurisdiktion Internationaler Organisationen wesentlich skeptischer gegenüber als die Vertreter der anderen Fraktionen. Während der Vertreter der PDS und eine deutliche Mehrheit der Parlamentarier der SPD (68,8%) sowie der Grünen und der FDP (je zwei Drittel) dafür plädierte, die EU weiter supranational auszubauen, sprach sich die Hälfte der Christdemokraten für den Status quo aus. Man zieht es vor, dass die EU weiterhin eine Mischung aus zwischenstaatlichen Verhandlungen und supranationaler Rechtsetzung bleibt.

Diese konservative Position drückt sich auch in der Einschätzung der Bedeutung von Grenzen aus. Für 50 Prozent der CDU/CSU-Parlamentarier stiften und sichern die Grenzen innerhalb der EU die Identität der Nationalstaaten. Jeweils 25 Prozent billigt ihnen nur noch eine politische Ordnungsfunktion zu bzw. betrachtet sie als Hindernis effizienten Regierens. Ein noch stärkere Betonung der Identitätsfunktion von Grenzen findet sich bei den Vertretern der Grünen und der FDP (je zwei von drei Nennungen), was mit ihrer Sorge um einen Verlust kultureller Identität im Zuge der Globalisierung korrespondiert. Die Mehrheit der SPD Parlamentarier (53%) billigt den nationalen Grenzen hingegen nur noch eine Funktion für die Aufrechterhaltung der politischen Ordnung zu. Die These von der Identitätssicherung (ein Fünftel) findet unter ihnen weniger Anhänger als die These, dass Grenzen den Blick für die Wahrnehmung gemeinsamer Probleme verstellen und die Suche nach gemeinsamen Lösungen behindern (gut ein Viertel). Letzteres ist die Meinung des Vertreters der PDS.

Ein augenscheinlicher Widerspruch tritt zu Tage, wenn man die bisher referierten Aussagen mit den Vorstellungen über effektive Problemlösung in der europäischen bzw. internationalen Politik vergleicht. Gerade im Vergleich zwischen den beiden großen Parteigruppierungen wurde die Unterschiede deutlich. Unter den Christdemokraten sind starke Kräfte geneigt, am Modell der Staatenwelt festzuhalten (Präferenz für repräsentative Demokratie, Begrenzung gesellschaftlicher Gruppen auf die Zulieferung von Sachverstand, Identitätssicherung durch Grenzen), wohingegen eine Mehrheit der SPD sich an dem Modell der Gesellschaftswelt ausrichtet (partnerschaftliche Konzertierung, transnationale Interessensvermittlung, Legitimität durch Partizipation, rein politische Ordnungsfunktion von Grenzen). Entsprechend war die Verteilung der Antworten auf die Frage nach der Zukunft der EU plausibel: Sozialdemokraten sind eher geneigt, dem supranationalen Ausbau der EU zuzustimmen als Vertreter der CDU/CSU. Und nur unter den Christdemokraten gibt es Stimmen zugunsten einer größeren Rolle der Staaten in der europäischen und internationalen Politik. Fragt man dagegen, auf welche Weise eine effektive Problembearbeitung in der EU bzw. auf internationaler Ebene gewährleistet werden könne, so findet sich unter den Christdemokraten eine deutliche Mehrheit für die Übertragung echter Regierungskompetenzen an die EU bzw. das Auftreten der EU als eigenständiger internationaler Akteur. Hier sind Sozialdemokraten zurückhaltender und gleichermaßen geneigt, den bestehenden internationalen Institutionen die Problembearbeitung zu überantworten. Dieser Wider-

spruch löst sich auf, wenn man die Übertragung von Regierungskompetenzen als „Staatswerdung Europas“, d.h. eine Transformation der EU zum Bundesstaat betrachtet, der im Innern eine repräsentative Demokratie und nach außen ein souveräner Akteur gleich den Nationalstaaten ist.

Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass sich bei den Antworten der Parlamentarier Überschneidungen zeigen, die keine eindeutige Zuordnung bestimmter ordnungspolitischer Vorstellungen zu einzelnen Parteien erlauben. Die Parteigrenzen sind keineswegs deckungsgleich mit den Auffassungsunterschieden. Wenn man sich allerdings die Ordnungsvorstellungen als ein Kontinuum denkt, so ist eine eindeutige Positionierung der Parteien möglich. Vertreter der CDU/CSU stehen mehrheitlich dem Modell der Staatenwelt näher; eine gewichtige Minderheit vertritt Vorstellungen, die dem Modell der Gesellschaftswelt zuzuordnen sind. Sozialdemokraten sind in ihrer Mehrheit dem Modell der Gesellschaftswelt verpflichtet, abweichende Positionen lehnen sich an Ordnungskonzepte der Vernetzungswelt an. Grüne und PDS zeigen die stärksten Bezüge zum Denkmodell der Vernetzungsmodell auf. Letzteres zeigt sich vor allem bei den Antworten auf die Frage nach der angemessenen Problemlösung in der internationalen Politik: Für Vertreter dieser beiden Parteien steht die multilaterale Abstimmung in Internationalen Organisationen und die unmittelbare Beteiligung gesellschaftlicher Akteure in der europäischen Politik eindeutig im Vordergrund. Die Position der Liberalen ist am wenigsten eindeutig zuzuordnen; ihre Vertreter stehen in vielen Fragen jedoch der Gesellschaftswelt am nächsten.

### **3.3 Strategien in wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Konfliktfällen**

Die Antworten auf die Frage, wie in einem Sicherheitskonflikt angemessen reagiert werden sollte, lässt an die These von der „Machtvergessenheit der Deutschen“ (Hans-Peter Schwarz) denken. Zum einen ging es um einen fiktiven, aber durchaus nicht unwahrscheinlichen Fall, nämlich eine dem Kosovokonflikt vergleichbare Bedrohung der Sicherheit Mazedoniens. Zum anderen wurde die grundsätzliche Einstellung zu unterschiedlichen Strategien äußerer Sicherheitspolitik gefragt. Durchgängig besteht eine äußerste Zurückhaltung gegenüber einzelstaatlichem Handeln und dem Einsatz militärischer Gewalt. Quer durch alle Parteien wird der präventiven Diplomatie die höchste Präferenz eingeräumt. Neben dieser Übereinstimmung gibt es aber auch wieder deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. In Kreisen der CDU/CSU legt man zwar auch Wert auf präventive Diplomatie (37,5% der Nennungen), doch grundsätzlich ist man im Unterschied zu anderen Parteien mehrheitlich der Meinung, dass Sicherheit nur von einer militärischen Allianz effektiv gewährleistet werden kann. Für den hypothetischen Konflikt um Mazedonien bevorzugt man entsprechend Internationale Organisationen mit Sanktionsgewalt: eine militärische Intervention der NATO und ein UN-Mandat für Friedenstruppen rangieren deutlich vor einer Friedensinitiative der GASP, während man die OSZE beiseite lässt. Die Antworten der SPD zeigen eine genau umgekehrte Rangfolge: Eine Koordinierung im Rahmen der OSZE erscheint Sozialdemokraten eher wünschenswert als das UN-Mandat oder eine Involvierung der GASP. Die Option der NATO wird überhaupt nicht genannt. Nur der PDS-Abgeordnete spricht sich noch eindeutiger für die OSZE aus. Die befragten Vertreter der Grünen und Liberalen geben der präventiven Diplomatie alle uneingeschränkt den Vorzug und votieren darüber hinaus für eine Konfliktregelung durch UN und OSZE, nicht aber eine Einmischung von NATO oder



GASP. Damit gibt es eine deutliche Abstufung in der Bereitschaft zum Militäreinsatz zwischen den Parteien und diese zeigt sich tendenziell auch bei den Anhängern ihrer Partei. Allerdings zeigen sich die befragten Parlamentarier sehr viel zurückhaltender als ihre Anhänger. Bei einer Umfrage im Mai 1999 befürworteten 56 Prozent der potentiellen CDU- und der SPD-Wähler sowie gar 69 Prozent der FDP-Anhänger die Luftangriffe der NATO auf serbische Ziele im Kosovo. Dagegen unterstützten nur 38 Prozent der Grünen- und nur 13 Prozent der PDS-Anhänger das Vorgehen der NATO.<sup>14</sup> In keiner Partei wurden die Bombardierungen der NATO so kontrovers diskutiert wie bei den Grünen, die am 13. Mai 1999 eigens zu einer Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Bielefeld zusammenkamen, um über die Haltung der Partei zu beraten und zu entscheiden.

**Tab. 12: Sicherheitspolitische Präferenzen der Parteien (Frage 18a, in Prozent je Partei)**

	Sicherheitskonflikt				
	präV. Diplomatie	UN-Mandat	OSZE	NATO	GASP
SPD	48,3	17,2	24,1		10,3
CDU/CSU	37,5	25		25	12,5
Grüne	50	33,3	16,7		
FDP	50	33,3	16,7		
PDS	50		50		
Durchschnitt	45,8	22	17	6,8	8,5

Bei der Frage nach der grundsätzlichen Haltung zur Gewährleistung internationaler Sicherheit werden die Positionsunterschiede zwischen den Parteien nochmals deutlich. Obwohl es keine einheitliche Haltung gibt, findet die klassische Sicherheitsstrategie der Staatenwelt Unterstützung nur bei der CDU/CSU. Das Idealbild der Gesellschaftswelt, in der Demokratie, Menschenrechte und Wohlfahrt als beste Garanten des Friedens gesehen werden und die Einbindung in internationale Organisationen Sicherheit gewährleistet, findet unter den Parlamentariern der SPD die breiteste Unterstützung.

<sup>14</sup> Die Zahlen wurden dem Artikel „Die Union hat die SPD wieder überholt“ in der SZ vom 22./23./24. Mai 1999, S. 12, entnommen, der auf der telefonischen Befragung von 1261 zufällig ausgewählten wahlberechtigten Deutschen in der Zeit vom 17. bis 20. Mai 1999 durch die Forschungsgruppe Wahlen Mannheim basiert.

**Tab. 13: Grundsätzliche Sicherheitsstrategie nach Parteizugehörigkeit (Frage 18b; Häufigkeitsverteilung)**

Partei	Grundsätzliche Sicherheitsstrategie			Summe
	militärisch	Prävention, Einbindung in IOs	Demokratie/ Menschenrechte	
SPD		3	10	13
CDU/CSU	5		2	7
B90/Grüne		2	1	3
FDP		2	1	3
PDS			1	1
Gesamt	5	7	15	27

Im Unterschied zur Sicherheitspolitik wird bei Streitfällen über Wirtschafts- und Sozialfragen allgemein eine größere Bereitschaft unterstellt, sich dem Votum Internationaler Organisationen zu beugen bzw. den direkt involvierten Wirtschaftsakteuren einzuräumen, dass sie selbst eine Regelung finden. In Sicherheitskonflikten geht es nicht nur um eine unmittelbare Bedrohung staatlicher Unversehrtheit, sondern auch um relative Machtpositionen. In Wirtschaftsfragen sind es Interessenskonflikte, die gegebenenfalls sogar dadurch entschärft werden können, dass dank Kooperation keine Umverteilungsverluste entstehen. Diese theoretisch abgestützte Einschätzung (Efinger/Rittberger/Zürn 1988) scheint bezogen auf einen Handelsstreit zwischen EU und USA nicht zu greifen. Vor dem konkreten Hintergrund der Auseinandersetzung um die Regulierung der Importe von Bananen und hormonbehandeltem Rindfleisch ist man in der CDU/CSU (75%) und in der SPD (62,5%) mehrheitlich der Meinung, dass eine Streitbeilegung durch bilaterale Verhandlungen dem Streitbeilegungsverfahren der WTO vorzuziehen sei. Die Abgeordneten der Grünen und der Liberalen ziehen dagegen die Beilegung des Konfliktes nach international festgelegten Regeln im Rahmen der dafür zuständigen Internationalen Organisation vor.

In Bezug auf die Kontrolle des Umwelt- und Sozialverhaltens Multinationaler Unternehmen zeigt sich ebenfalls wieder eine auffällige Übereinstimmung zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten. Nur in ihren Kreisen spricht sich eine - allerdings kleine - Minderheit dafür aus, dass jeder Staat für sich die Regulierung und Kontrolle übernehmen sollte. Mehrheitlich ist man der Auffassung, dass diese Aufgabe am besten durch internationale Regime, d.h. durch zwischenstaatlich vereinbarte Regeln zu erfüllen ist. Weniger Anklang findet der Vorschlag, dass unabhängige internationale Institutionen die Regulierung übernehmen sollten. Die Unterschiede zwischen den Parteien zeigen sich dann aber deutlich bei der Frage nach der supranationalen Kompetenz der EU und der Rolle gesellschaftlicher Akteure. Das Konditionalitätsprinzip, d.h. die Kompetenz der EU, die Beachtung von Umwelt- und Sozialstandards zur Voraussetzung für den Vertragsabschluss mit Drittstaaten zu machen, findet unter Christdemokraten deutlich weniger Anhänger als bei der SPD oder den Grünen. Die bekannte Rechts-/Linkstrennung zeigt sich dann wiederum bei der Frage, welche Rolle gesellschaftliche Akteure übernehmen sollten. Hier melden sich die Wirtschaftsliberalen unter den Christdemok-

raten und in der FDP zu Wort. Ihrer Auffassung nach sollte die Industrie selbst Standards entwickeln und sich auf sie verpflichten. Ein gegenteiliges Rezept verschreiben die Parteien der Linken: PDS, Grüne und einige Vertreter der SPD empfehlen, dass Öffentlichkeit und Nichtregierungsorganisationen das Monitoring übernehmen sollten. Mit anderen Worten: Die Idee der Selbstregulierung findet quer durch die politischen Lager Unterstützung, nur dass dabei die einen die Marktteilnehmer und die anderen Vertreter der Zivilgesellschaft im Blick haben.

**Tab. 14: Präferenzen der Parteien zur Durchsetzung von Sozial- und Umweltstandards in MNCs (Frage 20, Angaben in Prozent je Partei)**

	Multinationale Unternehmen					
	Internat. Institutionen	Monitoring	Regimebildung	Konditionalprinzip	Industriestandards	Einzelstaat. Regelung
SPD	13,8	17,2	38	24,1		6,9
CDU/CSU	18,8		37,5	12,5	25	6,25
Grüne	20	40	20	20		
FDP	66,7				33,3	
PDS	50	50				
Gesamt	20	14,5	32,7	18,2	9,1	5,5

### 3.4 Parteien und Weltbilder

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass in der Einschätzung der Realität und in der Wahl der Handlungsstrategien eindeutige Muster zu erkennen sind. Die dabei auftretenden Unterschiede lassen sich nur zum Teil auf die bekannten Positionsdifferenzen zwischen den Parteien in Wirtschafts- und Sozialfragen bzw. in sozio-kulturellen Wertfragen zurückführen. Unterschiedliche Vorstellungen der tatsächlichen und wünschenswerten politischen Ordnungsstrukturen sind sowohl bei der Problemdiagnose als auch in der Wahl der Handlungsstrategien deutlich erkennbar. Die Trennungslinien verlaufen dabei allerdings nicht entlang der parteipolitischen Grenzen. Es gibt partielle Übereinstimmungen und Überlappungen, die aber trotz der Differenzen eine Verortung der Parteien zulassen.

Dies trifft beispielsweise für die ordnungspolitisch so wichtigen Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat zu (Fragen 12, 13, 14). Die Grünen sind am meisten gegenüber der Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure aufgeschlossen und schätzen Partizipation als wichtigen Beitrag zur Legitimation von Entscheidungen. Dies gilt auch für die Phase der Implementation. Für die Sozialdemokraten dienen gesellschaftliche Akteure als Mittler zwischen gesellschaftlichem und politischem System und können innerhalb ihrer Möglichkeiten selbstständig tätig werden; das Verhältnis ist partnerschaftlich. Ebenso wie Teile der Grünen betonen sie, dass dennoch die Kompetenzen klar getrennt bleiben müssten und eventuell eine Auswahl der Teilnahmeberechtigten getroffen werden sollte. Aus Sicht der CDU/CSU-Abgeordneten besteht die Funktion gesellschaftlicher Akteure hauptsächlich in der Bereitstellung von Expertise, da die Entscheidungsgewalt eindeutig bei den dafür von der Verfassung vor-

gesehenen Organen bleiben müsse. Zugleich wird zivilen Akteuren jedoch eine tragende Funktion in den Bereichen zugeschrieben, die der Staat aufgrund seiner strukturellen Überlastung gesellschaftlicher Selbstorganisation überlassen sollte. Vor allem wenn es um die Regulierung der Wirtschaft geht, setzen die Christdemokraten auf die Marktteilnehmer als Steuerungsinstanz. Generell bevorzugen die Befragten der CDU/CSU jedoch die Vorstellung einer Partnerschaft von Staat und Gesellschaft, die von nationalstaatlichen Grenzen eingehegt werden. Die Liberalen zeigen bezüglich der normativen Bewertung der Beteiligung gesellschaftlicher Akteure divergierende Einschätzungen.

Deutlich sind auch die Unterschiede in der Bewertung von Staatsgrenzen (Frage 16). Nach klassischer Vorstellung von Nationalstaat haben sie nicht nur eine politische Ordnungsfunktion, sondern unterstützen die Integration der Staatsbürger zu einer politischen Gemeinschaft. In den Vorstellungen der Gesellschaftswelt haben Grenzen ihre trennende Funktion weitgehend eingebüßt und sind nur noch zur Aufrechterhaltung politischer Ordnung nützlich. Geht man dagegen von einer global vernetzten Welt aus, dann ist jede Grenze, die eine Unterscheidung von innen und außen markiert, ein Hindernis für die optimale Gestaltung von Politik. Nach dieser Charakterisierung sind die meisten Vertreter der Staatenwelt im Lager der Christdemokraten zu suchen. Die Abgeordneten der SPD vertreten dagegen mehrheitlich die Position der Gesellschaftswelt, wenn auch eine starke Minderheit sich teils an der Staatenwelt, teils an der Vernetzungswelt orientieren.

Ähnliche Unterschiede lassen sich auch aus den Antworten zu Handlungsstrategien herauslesen. Unabhängig davon, ob es ganz allgemein um die Lösung von internationalen oder regionalen Problemen geht (Fragen 5, 6), die Einschätzung der Entwicklungsdynamik der Integration und der Zukunft des weltpolitischen Systems (Frage 9, 17) oder die Bewältigung von Krisen im Bereich Sicherheit und Wohlfahrt (Fragen 18, 19), es besteht ein Konsens über die Notwendigkeit einer fest institutionalisierten zwischenstaatlichen Kooperation. Auffassungsunterschiede gibt es bezogen auf die Autonomie Internationaler Organisationen, die in der Gesellschaftswelt hoch veranschlagt wird. Dieser Option steht man in den Kreisen der CDU/CSU sehr viel skeptischer gegenüber als in den anderen Parteien. Die Selbstorganisation (zivil)gesellschaftlicher Akteure, die als Charakteristikum der Vernetzungswelt angesehen werden kann, ist die Option einer Minderheit. Sie wird vornehmlich von Grünen und der PDS gewählt.

Eine Auswertung dieser hier erörterten Fragen unter dem Gesichtspunkt der ordnungspolitischen Verortung der befragten Parlamentarier veranschaulicht die Nähe zu bestimmten Weltbildern. Am Ergebnis ist abzulesen, dass innerhalb der CDU/CSU-Fraktion das Staatenwelt-Modell dominiert, die FDP dem etwas weniger verhaftet ist, aber insgesamt uneinheitlich. Die SPD neigt dem Gesellschaftswelt-Modell zu, mit Ausschlägen sowohl zur Vernetzungs- als auch zur Staatenwelt. Die Antworten der Grünen liegen zwischen Gesellschafts- und Vernetzungswelt; die PDS lässt sich letzterer am eindeutigsten zuordnen. Diese Tabelle - darauf sei nachdrücklich hingewiesen - hat nur illustrativen Charakter. Zum einen erlaubt die Fallzahl keine angemessene quantitative Auswertung, zum anderen ist die Gleichgewichtung der Fragen und die hier gewählte statistische Verarbeitung den Daten nicht angemessen.

**Tab. 15: Übersicht: Zuordnung der Parteien zu den Weltbildern anhand ausgewählter Fragen<sup>15</sup> in Prozent je Partei**

Modell	CDU/CSU	FDP	SPD	Grüne	PDS
Staatenswelt	81,8	55,6	30,8	-	9,1
Gesellschaftswelt	18,2	33,3	46,2	66,7	18,2
Vernetzungswelt	-	11,1	23,1	33,3	72,7

#### 4. Die Relevanz von Weltbildern

Diese Befragung der Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages war als Pilotstudie angelegt. Sie hat unserer Auffassung nach interessante Ergebnisse zu Tage gefördert. Einige Einschätzungen wurden bestätigt. Dazu gehört, dass sich die Positionen der Parteien nicht fundamental unterscheiden und alle einer von Internationalen Organisationen durchwirkten Welt, in der das Völkerrecht eine zentrale Rolle spielt, den Vorzug geben. Für fast drei Viertel der Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses ist dies das Szenario der Zukunft. Die europäische Integration wird als ein Schritt hin zu einer globalisierten Welt gesehen, wobei Regionalisierung und Globalisierung als miteinander harmonisierende Prozesse verstanden werden. Man teilt die Auffassung, dass Globalisierung ein von seiner technisch-ökonomischen Eigendynamik angetriebenen Prozess und damit politisch kaum steuerbar ist. Gleichwohl bewerten die Abgeordneten Globalisierung mit großer Mehrheit als Gewinn für die Bundesrepublik, was angesichts der medialen Verarbeitung der Globalisierungseffekte nicht unbedingt zu erwarten war. Andere Befunde wie beispielsweise die Politikfeldspezifischen Differenzen bestätigen dagegen wieder bereits geläufige Annahmen. Einige Befunde haben auch zunächst überrascht wie beispielsweise die relative Zurückhaltung der CDU/CSU gegenüber einer supranationalen Vertiefung der EU.

Das eigentliche Anliegen der Studie, nämlich die Relevanz von ordnungspolitischen Vorstellungen, denen die Funktion von handlungsorientierenden Leitbildern zukommt, aufzuzeigen, konnte nur ansatzweise eingelöst werden. Zwar hat sich erwiesen, dass die theoretisch abgeleiteten idealtypischen Weltbilder eine gute Folie bieten, um konkurrierende ordnungspolitische Vorstellungen einzufangen. Ebenso konnte empirisch eine hohe innere Konsistenz der ordnungspolitischen Vorstellungen und ihre Relevanz für Handlungsstrategien in Krisenlagen festgestellt werden.

Der begrenzte Untersuchungsausschnitt lässt aber viele Fragen offen. Zum einen fehlt der Vergleich und damit die Möglichkeit der Überprüfung nationaler Besonderheiten wie beispielsweise die zitierte „Machtvergessenheit“ deutscher Eliten. Zum anderen erlaubt die geringe Zahl der untersuchten Fälle keine valide Aussage darüber, ob die Orientierung an Weltbildern für Problemdefinition und Strategiewahl ein robusterer Faktor ist als die Parteizugehörigkeit.

<sup>15</sup> Ausgewertete Fragen: 5, 6, 9, 12, 12b, 13, 14, 16, 17, 18b, 19.

Die methodische Reflexion führt zu dem Ergebnis, dass eine schriftliche Befragung selbst bei sorgfältigster Konzeptionalisierung des Fragebogens ein zu grobes Raster ergibt. Abgesehen davon, dass die Gefahr der Suggestion bei der Vorgabe von Fragen nicht auszuschließen ist, kann nicht differenziert genug gefragt werden. Die persönlichen Interviews dienen der Ergänzung und Überprüfung. Erfreulicherweise haben sie die gefundenen Ergebnisse meist bestätigt. Sie haben zwar ein differenzierteres Bild entstehen lassen, doch das grundsätzliche Problem von Elitenstudien nicht behoben. Die begrenzte Zahl der Akteure und deren knappes Zeitbudget (das nur einen kurzen Fragebogen zulässt) setzt der quantitativen statistischen Auswertung enge Grenzen. Folglich kann der theoretische Anspruch, nämlich die Bedeutung von Kognition für die Festlegung politischer Positionen und Handlungsoptionen offen zu legen, nicht befriedigend erfüllt werden. Alternative Methoden wie die der (quantitativen) Textanalyse versprechen ein fundierteres Ergebnis.

## Literaturverzeichnis

- Altvater, Elmar/ Mahnkopf, Birgit, 1997: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas, 1969: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit, Frankfurt/M.: Fischer.
- Breitmeier, Helmut/Levy, Marc A./Young, Oran R./Zürn, Michael, 1996a: International Regimes Database (IRD): Data Protocol, IIASA Working Paper WP-96-154, Laxenburg.
- Breitmeier, Helmut/Levy, Marc A./Young, Oran R./Zürn, Michael, 1996b: The International Regimes Database as a Tool for the Study of International Cooperation, IIASA Working Paper WP-99-160, Laxenburg.
- Brüggemeier, Franz-Josef, 1998: Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Bulmer, Simon J., 1997: New Institutionalism, the Single Market and EU Governance, ARENA Working Paper 25/97, Oslo.
- Czempiel, Ernst-Otto, 1991: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, München: Beck.
- Efinger, Manfred/ Rittberger, Volker/ Zürn, Michael, 1988: Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen: ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte, Frankfurt/Main: Haag u. Herchen.
- Forschungsgruppe Weltgesellschaft, 1996: Weltgesellschaft: Identifizierung eines „Phantoms“, in: Politische Vierteljahresschrift 37, 1: 5-26.
- Gehring, Thomas, 1994: Der Beitrag von Institutionen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Lehren aus der institutionellen Struktur der Europäischen Gemeinschaft, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1, 2: 211-242.
- Giddens, Anthony, 1999: Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Edition Zweite Moderne, Frankfurt: Suhrkamp.
- Greven, Michael Th. (Hg.), 1998: Demokratie - eine Kultur des Westens? Opladen: Leske + Budrich.

- Habermas, Jürgen, 1998a: Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung, in: Beck, Ulrich (Hg.): Politik der Globalisierung, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 67-84.
- Habermas, Jürgen, 1998b: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: ders., Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt/M.: Suhrkamp, 91-169.
- Hasenclever, Andreas/ Mayer, Peter/ Rittberger, Volker, 1997: Theories of international regimes. Cambridge : Cambridge University Press.
- Hofmann, Jeannette, 1993: Implizite Theorien in der Politik: Interpretationsprobleme regionaler Technologiepolitik, Opladen.
- Jachtenfuchs, Markus, 1999: Ideen und Integration: Verfassungsideen in Deutschland, Frankreich und Großbritannien und die Entwicklung der EU. Habilitationsschrift, Universität Mannheim.
- Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate (Hrsg.), 1996: Europäische Integration, Opladen: Leske + Budrich.
- Jachtenfuchs, Markus/ Diez, Thomas/ Jung, Sabine, 1998: Which Europe? Conflicting Models of a Legitimate POLitical Order, in: European Journal of International Relations 4, 409-445. .
- Kielmansegg, Peter Graf, 1996: Integration und Demokratie, in: Jachtenfuchs, Markus/ Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Europäische Integration, Opladen: Leske + Budrich, 47-71.
- Klose, Hans-Ulrich, 1998: Argumente für die Einrichtung von Unterausschüssen des Auswärtigen Ausschusses in der 14. Wahlperiode.
- Knodt, Michèle, 1998: Auswärtiges Handeln der deutschen Länder, in: Eberwein, Wolf-Dieter/ Kaiser, Karl (Hrsg.): Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 4: Institutionen und Ressourcen, München: Oldenbourg, 153-166.
- Knodt, Michèle/ Staeck, Nicola, 1999: Shifting paradigms: Reflecting Germany's European policy, in: European Integration online Papers 3/1999, N° 3, <http://eiop.or.at/eiop/texte/1999-003a.htm>.
- Kohler-Koch, Beate, 1996: Politische Unverträglichkeiten von Globalisierung, in: Steger, Ulrich (Hg.): Globalisierung der Wirtschaft. Konsequenzen für Arbeit, Technik und Umwelt, Heidelberg: Springer, 83-114.
- Kohler-Koch, Beate, 1996a: The Strength of Weakness: The Transformation of Governance in the EU, in: Gustavsson, Sverker/ Lewin, Leif (Hrsg.): The Future of the Nation-State. Essays on Cultural Pluralism and Political Integration, Nerenius & Santerus.
- Kohler-Koch, Beate, 1998: Bundeskanzler Kohl - Baumeister Europas? Randbemerkungen zu einem zentralen Thema, in: Wewer, Göttrik (Hg.): Bilanz der Ära Kohl. Christlich-liberale Politik in Deutschland 1982-1998, Opladen: Leske + Budrich (Zeitschrift für Gegenwartskunde, Sonderheft 10/1998), 283-311.
- Kohler-Koch, Beate, 1999: The Evolution and Transformation of European Governance, in: Kohler-Koch, Beate/ Eising, Rainer (Hrsg.): The Transformation of Governance in the European Union, London: Routledge, 14-35.
- Kohler-Koch, Beate, 2000: Ordnungsdenken in einer globalisierten Welt, in: Lutz, Dieter S. (Hg.): Globalisierung und nationale Souveränität. Festschrift für Wilfried Röhrich, Nomos: Baden-Baden, 189-227.
- Kohler-Koch, Beate/ Knodt, Michèle, 1999: Konzepte der politischen Steuerung in einer globalisierten Welt, in: Steger, Ulrich (Hg.): Facetten der Globalisierung. Ökonomische, soziale und politische Aspekte, Berlin, Heidelberg u.a.: Springer, 235-256.

Krasner, Stephen, 1983: *International Regimes*, Ithaca, NY: Cornell UP.

Moravcsik, Andrew, 1991: *Negotiating the Single European Act: National Interests and European Statecraft in the European Community*, in: *International Organization* 45, 1: 19-56.

Olsen, Johan P., 1996: *Europeanization and Nation-State Dynamics*, in: Gustavsson, Sverker/ Lewin, Leif, eds., *The Future of the Nation-State*, London: Routledge, 245-285.

Puchala, Donald J., 1971: *Of Blind Men, Elephants and International Integration*, in: *Journal of Common Market Studies* 10, 4: 267-284.

Rein, Martin/ Schön, Donald, 1993: *Reframing Policy Discourse*, in: Fischer, Frank/ Forester, John, Hrsg.: *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning*, Durham and London: Duke University Press, 145-166.

Rittberger, Volker/ Mogler, Martin/ Zangl, Bernhard, 1997: *Vereinte Nationen und Weltordnung: Zivilisierung der internationalen Politik?* Opladen : Leske + Budrich.

Schneider, Heinrich, 1998: *Ein Wandel europapolitischer Grundverständnisse? Grundsatzüberlegungen, Erklärungsansätze und Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit*, in: Jopp, Matthias et al. (Hrsg.): *Europapolitische Grundverständnisse im Wandel: Analysen und Konsequenzen für die politische Bildung*, Bonn: Europa Union Verlag, 19-148.

Schneider, Volker/ Werle, Raymund, 1989: *Vom Regime zum korporativen Akteur. Zur institutionellen Dynamik der Europäischen Gemeinschaft*, in: Kohler-Koch, Beate (Hg.): *Regime in den Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos, 409-429.

Zürn, Michael, 1996: *Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 37, 1: 27-55.

Zürn, Michael, 1998: *Regieren jenseits des Nationalstaats*, Edition Zweite Moderne, Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Zürn, Michael, 1998a: *Schwarz-Rot-Grün-Braun: Reaktionsweisen auf Denationalisierung*, in: Beck, Ulrich (Hg.): *Politik der Globalisierung*, Frankfurt/Main: Suhrkamp, 297-330.

### Interviewpartner:

Wolfgang Bötsch (CSU), Erich G. Fritz (CDU), Walter Hirche (FDP), Hans-Ulrich Klose (SPD), Dr. Karl A. Lamers (CDU), Lothar Mark (SPD), Markus Meckel (SPD), Dr. Andreas Schockenhoff (CDU), Joachim Tappe (SPD) und Reinhard Weißhuhn (Bündnis90/Die Grünen).



## Anhang: Fragebogen

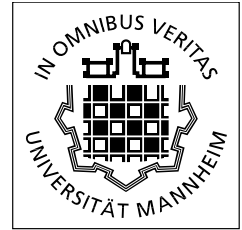
### Universität Mannheim

Lehrstuhl für Politische Wissenschaft II

Jean Monnet Chair of European Integration

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Prof. Dr. Beate Kohler-Koch



## Fragebogen zu Globalisierung und Europäischer Integration

Bitte machen Sie zunächst ein paar Angaben zu Ihrer Person.

Parteizugehörigkeit:      SPD                                        
   CDU/CSU                                        
   B'90/Die Grünen                                        
   FDP      
   PDS   

Alter:

Geschlecht:                       weiblich                                       männlich

Mitglied im Bundestag seit:

Mitglied im Ausschuß seit:

Stellv. Mitglied im Ausschuß seit:

1. Die Debatte um die Zukunft der ‚globalisierten Welt‘ gewinnt an Intensität. Kaum ein Begriff ist so allgegenwärtig und umstritten wie dieser. Welche der nachfolgenden Merkmale charakterisieren am besten das Phänomen der Globalisierung? (Bitte kreuzen Sie nur die 3 wichtigsten Optionen an)

- das rapide **Wachstum des Welthandels** an Gütern und Dienstleistungen, der Finanztransaktionen sowie der Direktinvestitionen
- die grenzüberschreitende Verbreitung von Information und Wissen im Zuge der ‚**informationstechnologischen**‘ Revolution
- das verstärkte **grenzüberschreitende Engagement** von Bürgern für Fragen der Umwelt, Menschenrechte etc.
- die intensive Wahrnehmung und **Betroffenheit von Konflikten** in anderen Teilen der Welt
- die Ausbreitung **international organisierter Kriminalität** und des politischen **Terrorismus**
- verstärkte **Migration und Flüchtlingsströme** infolge politischer Unterdrückung, Bürgerkriegen und materiellem Elend
- Verschärfung grenzüberschreitender/ globaler **Umweltprobleme**
- ‚McDonaldisierung‘ der Kulturen, d.h. die weltweite **Ausbreitung bestimmter Lebensstile**
- eine **Aufwertung der UNO** als Manager internationaler Konflikte und Probleme
- andere:.....

2. Welche Probleme verbinden Sie hauptsächlich mit der Globalisierung? (2 Kreuze)

- die Infragestellung von Staat und Nation
- durch verschärfte internationale Konkurrenz steigende Arbeitslosigkeit
- einen Wettbewerb um die Absenkung sozialer Standards
- weniger Rücksicht auf Natur und Umwelt
- eine stärkere Bedrohung der Sicherheit der Bürger
- einen Verlust kultureller Identität

**3. Sind Sie der Meinung, daß Globalisierung**

- durch politische Weichenstellungen gesteuert wird?
- einer technisch-ökonomischen Eigendynamik folgt?

**4. Ist für Deutschland Globalisierung**

- eher ein Gewinn?
- eher mit Kosten und Schwierigkeiten verbunden?

**5. Wenn Probleme nur noch international zu lösen sind, wer sollte diese Aufgabe übernehmen? (1 Kreuz)**

- Internationale Organisationen (z.B. UN, OSZE) als Abstimmungsforen multilateraler Politik
- regionale Verbände wie die EU als eigenständige internationale Akteure
- transnationale Verbände und Bürgergruppen in internationalen Abkommen
- Staaten in Kooperation mit anderen betroffenen Staaten

**6. Was halten Sie für die effektivste Art der Problembearbeitung in der EU? (1 Kreuz)**

- die Institutionen der EU greifen selbst die Probleme auf und erarbeiten Lösungen
- die EU erhält echte Regierungskompetenzen
- Verbände, Bürgergruppen und Experten nehmen am Entscheidungsprozeß der EU unmittelbar teil
- Verhandlungen zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten

**7. Glauben Sie, daß die europäische Integration...**

- ein erster Schritt hin zu einer globalisierten Welt ist?
- der Globalisierung eher im Wege steht?

**8. Sollte die EU eher...**

- weiter supranational ausgebaut werden?
- eine Mischung aus zwischenstaatlichen Verhandlungen und supranationaler Rechtsetzung bleiben?

**9. Worin sehen Sie die treibende Kraft in der europäischen Integration?**

- in der breiten gesellschaftlichen Einschätzung, daß auf europäischer Ebene Politik effektiver betrieben werden kann
- in der Sogwirkung bereits vergemeinschafteter Politikbereiche auf weitere Bereiche
- in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Konvergenz, die sich in Europa vollzieht
- im politischen Willen der Mitgliedstaaten zur Einigung
- andere:.....

**10. In welchen Bereichen sollte die Handlungsfähigkeit der EU angesichts der Globalisierung gestärkt werden? (3 Kreuze)**

- |   |   |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Außenwirtschafts- und Währungspolitik                  | <input type="checkbox"/> Kultur- und Medienpolitik          |
| <input type="checkbox"/> Außen- und Sicherheitspolitik                          | <input type="checkbox"/> Sozialpolitik                      |
| <input type="checkbox"/> Kriminalitätsbekämpfung                                | <input type="checkbox"/> Umweltpolitik, Menschenrechte      |
| <input type="checkbox"/> Entwicklungshilfepolitik und peacekeeping              | <input type="checkbox"/> Forschungs- und Technologiepolitik |
| <input type="checkbox"/> Kooperation mit anderen Internationalen Organisationen | <input type="checkbox"/> .....                              |

**11. Geht es Ihrer Meinung nach bei den Verhandlungen in der EU...**

- eher um den Ausgleich nationaler Interessen?
- eher um die Verwirklichung des Gemeinschaftsinteresses?

**12. Es gibt unterschiedliche Formen, in denen Bürger ihre Interessen verfolgen können. Welche erscheint Ihnen angemessen? (1 Kreuz)**

- Wahlen und Mitarbeit in Parteien
- enge Abstimmung zwischen gesellschaftlichen Akteuren und politischen Entscheidungsträgern
- Selbstorganisation von Bürgern in sie direkt betreffenden Angelegenheiten

**a) Gilt Ihre Antwort auch für die EU?**

- ja  nein

**b) Falls nein, welche Form der Interessenvertretung der Bürger würden Sie in der EU bevorzugen? (1 Kreuz)**

- direkt über Volksabstimmungen und Referenden
- Wahlen und Parteienmitarbeit
- gesellschaftliche Selbstorganisation
- konzertierte Aktionen

**13. Nach allgemeiner Einschätzung spielen gesellschaftliche Akteure eine wichtige Rolle in der europäischen Politik. Worin sehen Sie die Gründe? (1 Kreuz)**

- sie helfen, gesellschaftliche Interessen zu artikulieren und öffentliche Unterstützung zu mobilisieren
- die Einbindung der Betroffenen ist wichtig, um Politik effektiv durchzusetzen
- politische Entscheidungsträger sind auf externen Sachverstand angewiesen

**14. Die Mitwirkung gesellschaftlicher Akteure an politischen Entscheidungen in der EU... (1 Kreuz)**

- ist wichtig, weil nur in einer Partnerschaft von Staat und Gesellschaft sachgemäße Politik gemacht werden kann
- ist ein Gewinn, weil nur ein Mehr an Partizipation die Legitimität europäischer Politik verbessert
- stellt eine Gefahr dar, weil sie die Verantwortlichkeit von Politik unterläuft

**15. Soll es in der EU eine Kontrolle des Zugangs gesellschaftlicher Akteure zur Politik geben?**

- ja  nein

**Falls ja, wer soll über den Zugang entscheiden? (1 Kreuz)**

- die Mitgliedstaaten im Rat
- die Europäische Kommission
- das Europäische Parlament
- .....

**16. Die Grenzen der Nationalstaaten innerhalb der EU... (1 Kreuz)**

- haben keine abgrenzende Wirkung mehr, sind aber wichtig für die Aufrechterhaltung politischer Ordnung
- verstellen den Blick für die Wahrnehmung gemeinsamer Probleme und behindern die Suche nach gemeinsamen Lösungen
- stiften und sichern Identität

**17. Wie sieht nach Ihrer Vorstellung die Welt der Zukunft aus? (1 Kreuz)**

- es wird eine Zusammenarbeit der Staaten in regionalen und globalen Organisationen geben, wobei das Völkerrecht eine zentrale Rolle spielen wird
- es wird zur verstärkten grenzüberschreitenden Kooperation gesellschaftlicher Akteure kommen, die je nach Betroffenheit und Handlungskapazität Probleme auf die politische Tagesordnung setzen und ihre Lösung einfordern
- kleinere Staaten lehnen sich an Führungsmächte an, die ihre Präferenzen teilen

**18. Stellen Sie sich vor, daß morgen in Mazedonien eine sicherheitspolitische Konfliktsituation wie im Kosovo entstünde.**

**a) Welche Strategie hielten Sie für angebracht? (2 Kreuze)**

- präventive Diplomatie
- OSZE-Koordinierung
- UN-Mandat für Friedenstruppen
- militärische Intervention der NATO
- eine Friedensinitiative im Rahmen von GASP

**b) Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie grundsätzlich am meisten zu? (1 Kreuz)**

- Sicherheit kann nur von einer militärischen Allianz effektiv gewährleistet werden
- Sicherheit sollte vor allem durch präventive Diplomatie und die Einbindung in internationale Organisationen geschaffen werden
- Sicherheit kann nur langfristig durch mehr Demokratie, Menschenrechte und Wohlfahrt gesichert werden

**19. Stellen Sie sich vor, es gibt einen Handelsstreit zwischen der EU und den USA. Wie sollte ein solcher Streit geregelt werden? (1 Kreuz)**

- durch bilaterale Verhandlungen der beiden Streitparteien
- durch das Streitbeilegungsverfahren der WTO
- durch Selbstverpflichtung der betroffenen Händler und Produzenten im Konfliktfeld
- .....

**20. Um das Umwelt- und Sozialverhalten Multinationaler Unternehmen möglichst effektiv zu kontrollieren, ... (2 Kreuze)**

- sollen unabhängige, sachkundige Institutionen (z.B. WTO) nach bestimmten Kriterien die Regulierung übernehmen
- sollen Öffentlichkeit und Nichtregierungsorganisationen die Funktion des Monitoring übernehmen
- soll die EU einheitliche Regeln entwickeln und deren Beachtung als Voraussetzung für den Abschluß von Verträgen mit Drittstaaten machen (Konditionalprinzip)
- soll sich die Industrie auf selbst gegebene Standards verpflichten
- sollen Staaten gemeinsam international gültige Regeln vereinbaren
- soll jeder Staat selbst regulieren und kontrollieren

Vielen Dank!